

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keisindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Erzieherische Wirkung unserer Lohnkämpfe.

Die diesjährigen Lohnkämpfe in den mitteldeutschen Städten im Bäckerberufe sind nun beendet, und wenn man die Verhältnisse unseres Berufes in jener Gegend würdigt, kann man wohl sagen, daß diese Kämpfe Erfolge gebracht haben, mit denen man allen Grund hat, zufrieden zu sein.

Noch vor einigen Jahren — zuletzt bei dem erbitterten Streik und Brothotkott im Jahre 1910 in Frankfurt-Offenbach — waren dieselben Städte, in welchen wir in diesem Sommer Streik und Boykott mit gutem Erfolge durchgeführt haben, diejenigen Städte, aus denen die Innungsführer die meisten Streikbrecher nach Frankfurt-Offenbach holen konnten. Damals werden die Arbeitgeber dieser Städte noch nicht davon geträumt haben, daß kaum zwei Jahre später auch in ihrem Gebiet erbitterte Lohnkämpfe entbrennen würden. Durch eine unverantwortliche Lehrlingszüchtereier — im Königreich Sachsen beschäftigten 8800 Bäckermeister 5200 Gehilfen und 5500 Lehrlinge — hatten überdies die sächsischen Innungsräte systematisch dafür gesorgt, daß bei ihnen immer ein gewaltiger Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden war, und lange Jahre hindurch konnten sie auf Grund dieser Tatsache auf den Germania-Verbandsstagen die „große Lippe“ riskieren und den Innungsführern anderer Städte Vorwürfe deshalb machen, weil diese bei Streiks hatten nachgeben und sich mit unserer Organisation auf den Abschluß von Tarifverträgen einlassen müssen. Sie konnten es sich leisten, als Scharfmacher erste Güte im Germania-Verbande aufzutreten, glaubten sie doch, daß sie ihre Position ihren Gesellen gegenüber so befestigt hätten, daß dieselben noch auf absehbare Zeit hinaus nicht daran denken würden, auch nur den Versuch zu unternehmen, durch Lohnbewegungen ihre tieftraurige Lebenslage ein klein wenig aufzubessern zu wollen.

Nun sind auch diesen sächsischen Kleinrätern, die mit zu den rückständigsten unserer Arbeitgeber von ganz Deutschland zählen, diese ihre Illusionen einmal gründlich zertrümmert worden. Wenn sie etwas lernen wollten, dann würden sie vor allen Dingen aus dem Umstande, daß auch in diesem Gebiet unsere Organisation es wagen konnte, sich auf umfangreiche Lohnkämpfe einzulassen, die Lehre entnehmen, daß unsere Gewerkschaft in den letzten paar Jahren wieder ganz bedeutende Fortschritte in ihrer Ausbreitung, genau so aber auch in ihrer inneren Erstärkung gemacht haben muß, denn sonst hätte sie nicht gerade in dieser Gegend nun auch mal umfangreiche Lohnkämpfe wagen können.

Der hauptsächlichste dieser mitteldeutschen Lohnkämpfe, der Größe der Stadt nach gerechnet, aber zugleich auch der erfolgreichste dieser Kämpfe, war der Streik und Boykott in Leipzig. Und es muß gesagt werden, daß sich unsere Leipziger Kollegen im Kampfe ausgezeichnet geschlagen haben. Wenn man bisher auf Grund wiederholter erfolgreicher Lohnkämpfe unsere Kollegen in Berlin, Hamburg-Altona, Lübeck, Kiel, Bremen, Frankfurt a. M., Mannheim, München, Landshut und Regensburg, weiter die Kollegen in den Brotfabriken des Wuppertales als sturmerprobte Kämpfer ansprechen kann, mit denen wir es zu jeder Zeit wagen können, in einen notwendig zu unternehmenden Kampf zu ziehen, und wo man immer schon von vornherein des Erfolges sicher ist, so kann heute freudig konstatiert werden: auch unsere Kollegen in Leipzig haben nun durch die Kämpfe im Vorjahre und in diesem Sommer bewiesen, daß auch sie mit zu denen zu rechnen sind, welche schon wiederholt im Feuer gestanden haben und sich beim Kampfe gut zu schlagen verstanden. Genau daselbe, was wir auch in andern Kampforten schon erlebt haben, wo nur mit einem oder einigen Jahren Zwischenpause immer wieder

erneut Kämpfe durchgeführt werden mußten, zeigte sich auch in Leipzig:

Beim Kampfe 1911 hatten unsere Kollegen dort mitsamt ihrer Leitung eine derartige Schule durchgemacht, daß sie in diesem Jahre in promptester Weise, aber für die Außenwelt kaum auffällig, ihre umfangreichen Vorbereitungen für ein gutes Gelingen des Lohnkampfes treffen konnten.

Nicht in der breitesten Öffentlichkeit machten sich diese umfangreichen Vorbereitungen bemerkbar, sondern in aller Stille, in emstiger Kleinarbeit verschiedener Kommissionen vollzogen sich dieselben. Und als der Kampf nicht mehr zu vermeiden war, zeigte es sich, daß alles bis ins kleinste Detail sehr gut klappte.

Im Jahre 1911 war in 230 Betrieben für 260 Gesellen der Kost- und Logiszwang beim Meister beseitigt worden; in diesen Betrieben arbeiteten nur Verbandsmitglieder. Aber gerade an diesen meistens noch jüngeren Kollegen war es auf Schritt und Tritt zu konstatieren, welche erzieherische Wirkung auf das Gemüt und die Willensstärkung unserer Kollegen unsere Kämpfe ausübten, und in gleicher Weise äußerten sich auch die Wirkungen der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, unter welchen neuen Verhältnissen nun diese Kollegen beinahe ein Jahr gelebt hatten. Mit ganz anderm Interesse sahen diese Kollegen dem Lohnkampfe entgegen, als das vor einem Jahre der Fall war; sie hatten ja am eigenen Körper die Wohltaten der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges empfinden können, und nun ging ihr Streben dahin, alles aufzubieten, um auch den übrigen Kollegen in den Kleinbäckereien die besseren Verhältnisse zu erkämpfen.

Aus den Reihen dieser Kollegen war eine Agitationskommission gebildet worden, welche so ziemlich alle intelligenten Kollegen aus ihren Reihen umfaßte, und heute kann konstatiert werden, daß diese Kommission nicht nur vor dem Kampfe zu dessen guter Vorbereitung wesentlich beigetragen, sondern daß sie auch während des Kampfes der Leitung ausgezeichnete Dienste geleistet hat. Neben dieser Agitationskommission waren dann noch andere Kommissionen tätig (letztere in der Hauptsache aus Kollegen der Großbetriebe zusammengesetzt), und zwar hatte eine davon die Aufgabe, die Bäckermeister vor Ausbruch des Kampfes noch persönlich zu besuchen und von ihnen die Bewilligung der Forderungen einzuholen; eine andere Kommission hatte Sammelstellen ausfindig zu machen, in welchen Bestellungen auf zu liefernde boykottfreie Backware entgegengenommen wurden, die eventuell von Bäckermeistern aus andern Stadtvierteln zu liefern wäre; eine dritte Kommission hatte mit verschiedenen Inhabern geregelter Betriebe Vorzüge zu treffen, daß diese während des Kampfes gerüstet waren, bedeutend mehr Backware zu liefern, und dann hatte eine weitere Kommission Logis für die in den Streik tretenden Kollegen zu besorgen.

Erfreulicherweise kann heute nach Beendigung des Kampfes gesagt werden, daß die Kollegen in den Kommissionen mitteilten, nur das Beste zu leisten, und daß es an nichts fehlte.

Die Leitung des Kampfes wußte nur zu gut, daß, wenn diese organisatorischen Vorbedingungen des Kampfes erfüllt waren, nun ihrerseits auch alles darangesetzt werden mußte, das notwendige Leben in die Boykottführung — neben dem Streik die Hauptwaffe im Kampfe — zu bringen. Und heute kann konstatiert werden, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ in der entgegenkommendsten Weise der Leitung des Kampfes den gewünschten Platz zur Verfügung stellte, um in einer Reihe von Artikeln die Bevölkerung über die kulturelle Bedeutung der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges aufzuklären.

Die bürgerliche Presse war dagegen während des ganzen Kampfes fast sprachlos. Die Innungsleitung hatte gleich beim Ausbruch des Kampfes in einer großen Annonce die banalsten Unwahrheiten über den Kampf in diesen Blättern veröffentlicht, und zwar war darin so dick aufgetragen, daß zwei Tage später dieselben Blätter im redaktionellen Teil durch der Wahrheit entsprechende Mitteilungen die Innungsleitung Lügen strafte. Das mag die Innungsleitung verschluckt haben, und sie wandte nun dieser Presse gar nichts mehr zu.

Bei der Beschließung des Boykotts durch Partei- und Gewerkschaftsvertrauensleute war es gerade kein erhebendes Gefühl, als auf die Bedenken verschiedener Genossen der Leiter des großen Konsumvereins Leipzig-Plagwitz erklären mußte, daß sein Verein mit seinen drei Bäckereien schon lange am Ende der Leistungsfähigkeit angelangt sei und deshalb während des Kampfes nicht in der Lage sei, mehr Backware liefern zu können. Prompt wurde darauf die Antwort, daß die Streikleitung schon aus diesem Grunde genügend Kleinmeister zur Vermehrung ihrer Betriebsmittel aufgemuntert hatte, um diesen geregelten Betrieben die Mehrbestellungen zu überweisen.

Diese Tatsache muß hier festgehalten werden, weil auch bei diesen wie bei allen unsern Kämpfen die Innungsleitung den alten Kohl wieder verzapfte, daß der Kampf nur unternommen sei, um dem Konsumverein neue Kunden und neue Mitglieder zuzuführen. Dabei hatte also die Leitung des Konsumvereins erklären müssen, daß sie nicht imstande sei, irgendwelche weiteren Bestellungen befriedigen zu können.

Am ersten und zweiten Tage des Streiks tat in der Hauptsache dieser seine Wirkung, und viele Meister kamen zum Bewilligen, um ihre streikenden Gesellen wiederzuholen. Nun setzte auch der Boykott mit unerwarteter Kraft ein, und die Bewilligungen vermehrten sich tagtäglich. Aber sofort war zu konstatieren, daß viele der Bäckermeister nur unterschreiben wollten, um ihre Kundschaft zu behalten, nicht aber daran dachten, dann auch die Forderungen korrekt durchzuführen. Da mußte nun die Betriebskontrolle mit aller Schärfe einsetzen, und jetzt gab es wieder Arbeit für die zu diesem Zwecke eingesetzten Kommissionen in Hülle und Fülle.

Während die Streikleitung für genügend Aufklärung der Bevölkerung durch Zeitungsartikel und Flugblätter sorgte — letztere wurden zunächst nur von den Streikenden und von den Kollegen in den geregelten Betrieben in prompter Weise verbreitet —, hüllte sich die Innungsleitung in tiefes Schweigen und man mußte vermuten, daß sie die Taktik einschlagen wollte, durch ihr Schweigen nicht noch mehr Leben in den Kampf zu bringen. Es galt nun, die Innungsleitung aus ihrem Schweigen herauszulocken, und der Wurf gelang der Streikleitung: Durch ein Plakat der Streikleitung an den Litschsäulen ließ sich die Innung bewegen, in derselben Weise zu antworten. Noch mehr, sie brachte es auch fertig, daß die Vorstehenden von sechs Vergnügungsvereinen ein von der Innungsleitung vorgelegtes Plakat mit ihrem Namen unterzeichneten. Letzteres leugnete überhaupt das Bestehen eines Streiks vollständig ab und war überschrieben: „Kein Bäckerstreik.“ Andern Tages prangte daneben das Plakat der Streikleitung: „Einen gelungenen Witz hat sich die Innungsleitung geleistet.“ Das Urteil der Bevölkerungsgruppen, welche die Plakatsäulen umstanden, ging einmütig dahin: Die Streikleitung der Gesellen hat hier mit gutem Humor der Innungsleitung einige harte Nüsse zu knaden gegeben. Ob die Innungsleitung wohl versuchen wird, sich daran ihre brüchigen Zähne auszubeißen?

Die Innungsleitung hüllte sich nunmehr vollständig in Schweigen! Die Herren sagten sich: Blamiert sind wir so schon; antworten wir jetzt, dann blamieren wir uns noch mehr!

So verlief denn der weitere Kampf unter vollständigem Schweigen der Innungsleitung. Den Herrschaften war das Maul gestopft. — Wir wollen hier nicht herboheben, wie die Bäckermeister, die nun zur Streikleitung kamen, um die Forderungen zu bewilligen, dieses Schweigen ihrer Innungsleitung deuteten. Aber Schmeicheleien waren es wirklich nicht, welche diese Meister für die Innungsleitung übrig hatten.

So verlief denn der Kampf in Leipzig so, daß wir mit dem Erfolge zufrieden sein können; zwei Drittel der dortigen Gesellen sind jetzt vom Kost- und Logiszwange beim Arbeitgeber befreit, und der nachhaltigen Arbeit unserer organisierten Kollegen in Leipzig wird und muß es gelingen, daß Leipzig bald unter die Städte eingereiht werden kann, wo der Kost- und Logiszwang beim Meister vollständig gefallen ist!

Nach Beendigung des Kampfes kann gesagt werden, daß sich die Mehrzahl unserer Leipziger Mitglieder als erprobte Kämpfer in diesem Ringen gezeigt haben. Die Freude darüber wird um so größer, wenn man betonen kann, daß auch unsere Kollegen in Halle bei ihrem ersten Ringen um Durchführung derselben Forderungen sich in großartiger Weise geschlagen haben, und daß ferner auch in Jena, Chemnitz und Magdeburg trotz des schlimmsten Terrorismus und der Einschüchterung der Kleinmeister durch die Innungsmacher doch solche Erfolge erzielt sind, die uns heute schon sagen lassen können:

Wie in Leipzig beim zweiten Kampfe das geholt wurde, was beim ersten Vorstoß noch nicht möglich war, so kommen wir auch in diesen Städten bald wieder, das können sich die Arbeitgeber gesagt sein lassen. Und zwar werden wir so oft wiederkommen mit unsern Forderungen, bis die Arbeitgeber sich auch dort dazu bequem haben, dieselben anzuerkennen und in ihren Betrieben durchzuführen!

Der neunte Genossenschaftstag.

Die Jahresversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften fand vom 17. bis 19. Juni in Berlin statt. Sie tagte in den unsern Kollegen wohlbekannten „Concordiasälen“, die, wenn auch verpachtet, den Bäderinnungen Berlins gehören; also auf einer Stätte, wo schon oft die intimsten „Freunde“ unserer Organisation und der Genossenschaftsbewegung ihre schwarzen Pläne schmiedeten, um den Fortschritt der Zeit auch mit unredlichen Mitteln aufzuhalten. Hoffentlich hat es den Herren nichts geschadet, daß an diesem gemeihten Orte diesmal Leute saßen, die angeblich drauf und dran sind, den Mittelstand, und vor allem die Bäckermeister, mit Mann und Maus auszurotten.

Der Genossenschaftstag war ungemein stark besucht; über 1100 Teilnehmer hatten sich eingefunden und auch das Ausland war außerordentlich zahlreich vertreten. Desterreich, Rußland, Dänemark, Schweden, Finnland, Großbritannien, Holland, Italien, die Schweiz und Frankreich hatten Gäste geschickt; aus dem letzteren Lande waren Vertreter der heute noch getrennten neutralen und der sozialistischen Genossenschaften anwesend. Die eingeladenen Reichs- und städtischen Behörden usw., hatten bis auf einen Vertreter der Handelskammer abgesehen, zu erscheinen; zum Teil hatten sie gar nicht geantwortet — man war ja in Preußen! Die Ausländer gingen in ihren Begrüßungsworten auf die Entwicklung ihrer Organisationen ein, die durchweg eine günstige ist und betonten vor allem,

daß sie die internationale Verbrüderung stets aufrechterhalten werden und diese als eine Bürgschaft des Völkereidens schätzen. Besonders interessant waren die Ausführungen von Dr. Renner-Wien, der die Schwierigkeiten der Sprachzerrissenheit im ganzen Lande und außerdem durch die Zersplitterungsbestrebungen der Tschechen erwähnte. Dr. Renner betonte, lebhaft applaudiert, scharf die Zugehörigkeit der Genossenschaftsbewegung zur allgemeinen Arbeiterbewegung, zur Arbeiterklasse. Auch der Vertreter Rußlands, Lenski, gab ein anschauliches Bild von den großen Fortschritten, die trotz aller Verfolgungen der Genossenschaftsgebände in Rußland seit der Revolution gemacht hat. Ferner wurde der Genossenschaftstag durch den Genossen Bauer von der Generalkommission begrüßt.

Der Bericht des Vorstandes wurde von Barth-München erstattet, da der Vorsitzende Max Kadestodt-Dresden erkrankt ist. Barth verwies auf die Entwicklung des Zentralverbandes im vergangenen Jahre (wir haben die betreffenden Zahlen bereits in letzter Nummer wiedergegeben) und wandte sich in seinen weiteren Ausführungen scharf gegen die verabschiedungswürdigen Mittel, mit denen die Gegner die Arbeiterkonsumvereine bekämpfen. Große Summen nehme man vom Staate, um gemeinsame Einkaufsgenossenschaften zu errichten, bekämpfe aber dennoch die Großeinkaufsgesellschaft, die doch wenigstens nur mit eigenem Gelde arbeite. Aber am Volke selber liege es, was man aus unserer Bewegung mache.

Der Generalsekretär Heinrich Kaufmann, der die verschiedenen Verfassungsänderungen begründete, die neben der „Volksfürsorge“ die Hauptaufgabe dieser Tagung bildeten, verwies zuerst gleichfalls auf seinen gedruckten Bericht. Dann erläuterte er die vorliegenden Anträge des Vorstandes, die auf die Aenderung der inneren Organisation der Genossenschaften hinauslaufen. Zunächst soll eine Erweiterung der Revisionsverbandsekretariate vorgenommen werden, wozu den Verbänden empfohlen wird, einen zweiten Beamten anzustellen, damit die Revisionen öfter und regelmäßiger erfolgen können. Die Verbandsrevisoren sollen eine neue Körperschaft bilden, deren Vorsitz ein vom Vorstande des Zentralverbandes zu ernennendes Mitglied übernimmt. Zu den Mitteln für die weiteren Anstellungen gewährt der Zentralverband einen Zuschuß. Ferner soll das Sekretariat ein ausführendes Organ unter der Oberleitung und Kontrolle des Verbandsverbandes werden. Zwischen den Vorstand des Revisionsverbandes und dem Verbandstag wird ein beschlußfassender Aufsichtsrat von fünf bis sieben Personen eingesetzt, in dem möglichst jeder Bezirk des Revisionsverbandes vertreten sein soll. Die Verfassung des Zentralverbandes selbst soll in der Weise geändert werden, daß aus den Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und den Sekretären der Revisionsverbände, den Geschäftsführern und Aufsichtsratsmitgliedern der Großeinkaufsgesellschaft ein Generalrat geschaffen wird, der die wichtigsten Fragen vorzubereiten und über weniger wichtige endgültig zu beschließen hat. Der Vorstand selbst besteht aus drei im Hauptberuf und vier im Nebenamt tätigen Personen. Ferner will man die Verlagsanstalt des Zentralverbandes zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von ein bis zwei Millionen Mark unter der Firma „Verlagsgesellschaft“ umwandeln, wobei aber der heutige Charakter des Unternehmens unbedingt zu wahren ist.

In der Diskussion über diese für die weitere Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens überaus wichtigen Anträge, die, wie wir voraussichtlich wollen, schließlich gegen wenige Stimmen angenommen wurden, wurde von Wolf-Hamburg der Antrag gestellt, das Stammkapital nur auf M. 100 000 bis M. 200 000 zu normieren. Diesem Vorschlage stimmte Franke-Leipzig zu, der sich vor allem noch dagegen wendete, daß die Genossenschaften ihre Druckaufträge immer mehr in eigenen Geschäft herstellen lassen und dadurch örtliche Druckereien, an denen die Genossen auch in hohem Maße interessiert wären (gemeint sind die Parteidruckereien) schädigen. Die Ausführungen schloß sich noch Krüger-Leipzig an, der auch bemängelte, daß man nicht scharfer in den Kampf gegen die Feuerung eingreife. Kaufmann erwiderte in seinem Schlusssatz, daß zunächst die genossenschaftliche Treue gegen das eigene Geschäft hochzuhalten sei, die doch von Leipziguern in anderer Hinsicht auch gehalten werde; überdies bringe die Verlagsanstalt durch ihre Druckerei die

Kosten der Verbandsstätigkeit zum großen Teile auf. Der Vorschlag Wolf-Hamburg sei ganz ungenügend, da sonst die Verlagsanstalt auf teuren Bankkredit angewiesen wäre. Ein von Schmidt-Eberfeld gemachter Vorschlag, die Verlagsanstalt mit der Großeinkaufsgesellschaft zu verschmelzen, wäre jetzt noch nicht im Interesse eines schnelleren Ausbaues der Verlagsanstalt gelegen. Vielleicht komme später der Zeitpunkt der Verschmelzung.

Die gemeinschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“ war der nächste Punkt, zu dem A. v. Elm referierte. Wir haben bereits früher auf die große Bedeutung dieses Unternehmens mehrfach hingewiesen und müssen, da die Einrichtung möglichst noch in diesem Jahre in Kraft treten soll, uns auch später wieder eingehend mit ihr beschäftigen, so daß auf die Ausführungen v. Elms nicht näher eingegangen zu werden braucht. Er hob noch einmal eindringlich hervor, wie ungeheuer die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften das Volk ausbeuten (die „Victoria“ erzielte allein einen Uberschuß von 36 Millionen Mark und zahlte ihrem Direktor an Gehalt und Prämie in einem Jahre M. 780 000!) und proklamierte als Grundsatz der „Volksfürsorge“, daß alle aufgetragenen Mittel nach Möglichkeit auch den Versicherten wieder zugute kommen sollen. Es soll denen, die sich ihr anschließen, keine goldenen Berge versprochen werden, aber die Garantie werde gegeben, daß das Unternehmen eine Grundlage erhält, die für alle Zeiten eine kapitalistische Entartung ausschließt. Der Redner beleuchtete ferner das Treiben der Feinde einer solchen Versicherung, die jetzt schon behaupten, die „Volksfürsorge“ solle zu Parteizwecken verwendet werden. Die Scharmacher haben auch bereits ein Verbot der „Volksfürsorge“ von vornherein gefordert!

Genosse Bauer von der Generalkommission ergänzte die Darlegungen v. Elms durch die Beweisführung, wie die Regierung im Rheinland ganz offen private Versicherungsbanken, die die Volksversicherung mit der Züchtung von gelben Arbeitervereinen verbinden, unterstützt, indem sie die Krankenkassen in dieser Richtung zu beeinflussen suchte. Bauer erklärte, daß wir keine Hilfe durch die Regierung verlangen, wir ruhen fest auf dem Boden des Vertrauens zu den Genossenschaften und den Genossenschaften. Darin liege unsere Lebensfähigkeit. Die Besprechung schloß nach diesen Ausführungen und damit war das Einverständnis mit der neuen Einrichtung festgestellt.

Nachdem der Genossenschaftstag das von einer Kommission ausgearbeitete Musterstatut unter Ablehnung aller Abänderungsvorschläge angenommen hat, hörte er ein Referat über: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels“ von Dr. August Müller. Dieser gab ein Bild von dem Umfange des Kleinhandels im Deutschen Reich nach der letzten Berufszählung, der eine große Belastung der Volkswirtschaft darstellt. Der Kleinhandel folge den Preissteigerungen des Großhandels rasch, aber den Preisherabsetzungen nur langsam oder auch gar nicht. Die schätzbare Warenhaus- und Konsumvereinsbesteuerung könne aber noch so weit getrieben werden, solange die Gewerbefreiheit bestehe, werde das Grundübel einer ungesunden Ueberfüllung im Handelsgewerbe nicht zu beseitigen sein. Diese Ueberfüllung wirke auf den Kleinhandeltreibenden wie die Heimindustrie auf die Arbeiter. Auch im Handel sei aber der Großbetrieb dem Kleinhandel überlegen, das werde durch das Anwachsen der Warenhäuser, Konsumvereine und der Fabrikniederlagen bewiesen; Warenhäuser und Fabrikniederlagen dienen kapitalistischen Interessen, die Konsumvereine dagegen haben die prinzipielle verschiedene Aufgabe, die Lebensverhältnisse des Volkes günstig zu beeinflussen. Er glaube nicht, daß das Ziel der Kulturentwicklung die Ausnützung von 99 pzt. der Menschheit durch 1 pzt. der Krutierherren sei, sondern er glaube an eine gerechtere Gestaltung des Wirtschaftslebens und darum auch an die Weiterentwicklung der Konsumvereine.

Es folgte ein Bericht des Sekretärs Rupprecht der Fortbildungskommission. Die abgehaltenen Kurse haben ergeben, daß diese Einrichtung weiter ausgebaut werden muß; dahingehende Vorschläge wurden gebilligt.

Ueber die Unterstützungskasse des Zentralverbandes berichtete Heinrich Kaufmann. Die Kasse hat jetzt 208 Vereine und 5883 Mitglieder. Voraussichtlich werden die Unterstützungsansprüche mit dem Alter der Kasse steigen; ohne Beitragserhöhung könnten die Leistungen nicht erhöht werden. Das Vermögen beträgt zurzeit M. 2187 000. Unter das Angestelltengehalt werde

Jean Jacques Rousseau.

Monument von unsrer Zeiten Schande,
Gen'ge Schmachschrift deiner Mutterlande,
Rousseaus Grab, gedrückt seit du mit
Fried' und Ruh' den Trümmern deines Lebens!
Fried' und Ruhe suchtest du vergebens,
Fried' und Ruhe fandst du hier!
Wann wird doch die alte Wunde narben?
Einst war's starker, und die Wunden starben!
Nun ist's starker, und der Wunden stirbt.
Sokrates ging unter durch Sophisten,
Rousseau leidet, Rousseau fällt durch Christen,
Rousseau — der aus Christen Menschen wirbt.
Schiller.

Eines großen Mannes und vorausschauenden Geistes muß das Volk in diesen Tagen gedenken: des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (sprich schang schad ruffo), dessen Geburtstag sich am 28. Juni zum zweihundertsten Male jährt.

Jean Jacques Rousseau wurde am 28. Juni 1712 in Genf als Sohn eines Uhrmachers und einer Predigerstochter geboren. Seine Mutter starb bei seiner Geburt; sein Vater kümmerte sich fast gar nicht um die Erziehung des Sohnes. So wuchs er, sich selbst überlassend, heran, in unstillbarer Lesewut alle Bücher verschlingend, die ihm in die Hände kamen, oder frei umherstreifend in der freien Natur, für deren Schönheit und Herrlichkeit sich frühzeitig in ihm ein tiefes Gefühl entwickelte. Als Sechzehnjähriger verließ er seine Vaterstadt, um in mannigfachen Zirkeln in der Schweiz, Italien und Frankreich zu beobachten, zu lesen und zu lernen. Er machte sich vertraut mit den englischen, deutschen und französischen Philosophen, seinen Unterhalt durch Notenschreiben, als Hauslehrer, als Privatsekretär und in mancherlei anderer Tätigkeit er-

werbend, bis er 1750 durch seine von der Akademie zu Dijon prämierte Preisarbeit „Diskurs über die Wissenschaften und Künste“ mit einem Schläge als scharfer Denker und glänzender Stilist zur Geltung kam und ein berühmter Mann wurde.

In dieser Abhandlung vertritt und verteidigt er die Anschauung, daß der Naturzustand, dessen Wiederherbeiführung natürlich ganz unmöglich ist, dem Kulturzustande vorzuziehen sei. Der Verfall des glücklichen Naturzustandes wird sobann in der vier Jahre später erschienenen Arbeit „Ueber den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen“ auf die Entstehung des Privateigentums zurückgeführt. Beide Werke sind schwere Anklagen gegen die bestehende privatkapitalistische Gesellschaftsordnung und gegen den auf ihr beruhenden Staat. Fundend auf seinen Anschauungen fordert Rousseau in seinem 1761 erschienenen pädagogischen Werke „Emile“ eine naturgemäße Erziehung des Kindes, dessen Recht er gegenüber der Unvernunft der Erwachsenen verteidigt. Das Werk, von Goethe als das Natur-evangelium der Erziehung bezeichnet, hat einen Pestalozzi dafür begeistert, seinen Ruhm in der praktischen Durchführung der Ideen Rousseaus zu suchen. Das utopistische Werk „Vom Gesellschaftsvertrag“, das 1762 erschien, entwickelt die Grundlagen, auf denen der vollkommene Staat beruhen müßte; es ist eine gewaltige Verteidigung der Rechte des Menschen gegen politische und wirtschaftliche Anechtung und das Hohenlied auf die Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

Aber der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Auch Rousseau wurde wegen seines machtvollen Wirkens aus der Heimat, aus Frankreich, verbannt, und in seiner Vaterstadt Genf verbrannte man seine Schriften. In dem

Dorfe Motiers-Travers, wo er eine Zuflucht gefunden zu haben glaubte, stürmten fanatisierte Bauern sein Haus und jagten ihn aus dem Dorfe; ebenso wurde er von der Petersinsel im Bieler See, nach der er sich geflüchtet hatte, vertrieben. Er ging nach England, kehrte aber 1767 wieder nach Frankreich und 1770, nach der Aufhebung der Verbannung, nach Paris zurück, wo er seine „Bekenntnisse“ schrieb, in denen er sein Leben schilderte. Am 2. Juli 1778 starb dieser rastlose Bahnbrecher, der aus Christen Menschen werden wollte und der wie alle großen Geister ein durch staatliche und kirchliche Gewalten klein gehaltenes Geschlecht fand.

Aber die Geistesfaat, die er säete, ging bald nach seinem Tode glorreich auf in der großen französischen Revolution, die die Menschheit ein gewaltiges Stück vorwärts brachte und den Rousseauschen Ideen und Gedanken von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenanfällig trägt, machtvoll Geltung verschaffte. Und daher sollte man diesem Vorbereiter der gewaltigen Umwälzung noch nach seinem Tode die Ehren, die man ihm zu Lebzeiten verweigerte, 1794, nach dem Siege der großen französischen Revolution, wurden seine Gebeine feierlich im Pantheon, dem Pariser Ehrentempel für berühmte, um die Menschheit verdiente Männer, beigeseht.

Der Raum unseres Gewerkschaftsblattes gestattet es nicht, auf das Wirken dieses großen Bahnbrechers ausführlicher einzugehen. Wir verweisen aber unsere Leser auf die Werke Rousseaus, die zu billigem Preise in der Neclambibliothek erschienen sind. Möchte jeder Leser dieser Zeilen zu einem begeisterten Mitstreiter in dem Befreiungskampfe der Menschheit im Sinne des Wegebahnners Rousseau werden.

man die Kaffe nicht stellen, sondern sie solle eine Zuschusse sein. Die im September in Magdeburg stattfindende Generalversammlung der Kaffe werde das Weitere beschließen.

Den Bericht des Tarifamtes erstattete J. Kieger-Hamburg, der bei dieser Gelegenheit auch nochmals der verdienstvollen Tätigkeit unseres Kollegen Ernst Krehlschmer im Tarifamte gedachte. Ueber das Ergebnis der einzelnen Tarifamtssitzungen sind unsere Leser aus den laufenden Protokollen unterrichtet. Aus Kiegers Ausführungen ist nur noch zu erwähnen, daß am 1. Oktober weitere 20 Tariforte zu einer Erhöhung der Tarifföhe kommen werden, was wiederum als eine dauernde Errungenschaft der Gewerkschaften für spätere Tarifabschlüsse in Betracht komme. Ferner begründete er einen Antrag des Vorstandes und des Ausschusses dahingehend, daß auch die von den einzelnen Konsumgenossenschaften, Konsumgenossenschaftlichen Vereinigungen oder Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit andern Gewerkschaften als die der Bäcker, Transportarbeiter, Lagerhalter und Handlungsgehilfen abgeschlossenen Tarifverträge der Rechtsprechung des Tarifamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterstellt werden.

Voraussetzung der Unterstellung ist die Einfindung des Tarifvertrages an das Tarifamt und die vorbehaltlose Anerkennung seitens der Kontrahenten, daß sie die aus der Auslegung und Anwendung des eingereichten Tarifvertrages entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung des Tarifamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unterbreiten und sich den Entscheidungen des Tarifamtes fügen werden.

Den Gewerkschaftsvorständen ist es überlassen, Vorschläge für die Vertretung der neu hinzutretenden Gewerkschaften in das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu machen. Der Referent hatte verschiedentlich betont, daß eine gesunde Weiterentwicklung der Eigenproduktion auch von der Einsicht und Rücksichtnahme der Gewerkschaften gegenüber den Genossenschaften abhängig sei und die Ansprüche an dieselben nicht zu hoch werden dürfen, wenn sie mit der Privatindustrie konkurrieren sollen. Auf der andern Seite hatte Kieger auch die Genossenschaften ermahnt, unter allen Umständen die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zu benutzen; man solle etwaige Mängel derselben nicht dadurch zu umgehen suchen, daß man die Arbeitskräfte auf andern Wege hole. Solche Mängel könnten nur durch Beschwerde bei den richtigen Instanzen abgestellt werden.

In der folgenden Diskussion klagte zunächst ein Vertreter der Leipzig-Plagwitzer Genossenschaft, daß das Tarifamt Beschlüsse gefaßt habe, durch welche große Genossenschaften schwer geschädigt würden, zum Beispiel dadurch, daß die Entschädigung für die ersten drei Wochen im Krankheitsfall immer wieder gezahlt werden müsse (abzüglich des Krankengeldes), wenn der betreffende Arbeiter wegen derselben Krankheit nach sieben-tägiger Beschäftigung wieder aussetzen müsse. Bei solchen wichtigen Entscheidungen solle man die Genossenschaft doch zu einer solchen Tarifamtsentscheidung mit zuziehen. Einen ganz merkwürdigen und unverständlichen Standpunkt nahm in der weiteren Diskussion aber der Genosse Störmer von der Berliner Konsumgenossenschaft ein, der sich dagegen wendete, daß die Konsumvereine die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zu benutzen haben. Er meinte, die Genossenschaften seien als eine große Familie zu betrachten und hätten das Recht, zuerst ihre Mitglieder bei Besetzung freiverdender Stellen unterzubringen! Diese Auffassung, die sicher Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher ist und allen bisher getroffenen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften ins Gesicht schlägt, fanden leider bei einem Teil der Delegierten auch noch ziemlich Beifall, so daß sich mehrere Vertreter der Gewerkschaften veranlaßt sahen, Störmer entgegenzutreten. Die Anerkennung der Arbeitsnachweise sei ein Grundprinzip, an dem die Gewerkschaften nicht rütteln lassen können und übrigens hätten sie, wenn es wünschenswert erschien und die Verhältnisse es sonst zugaben, auch schon Ausnahmen bei Einstellungen zugelassen, so daß Grund zu Beschwerden in dieser Richtung nicht vorliege. Aber die Einstellungen hätten immer im Einverständnis mit der Gewerkschaft zu geschehen. Genosse Störmer war aber von seiner Stellungnahme nicht abzubringen; er sprach davon, daß die Gewerkschaften bei dem jetzigen Zustand die Genossenschaften beherrschten und bewies dadurch leider, daß ihm das richtige Verständnis für das gegenseitige Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften abgeht. Die Debatte über diesen Punkt drohte bereits unliebsame Formen anzunehmen, wurde aber durch Schlußantrag beendet.

Es folgten noch Ausschußberichte und die Wahlen. Der nächste Genossenschaftstag wird wahrscheinlich in Dresden abgehalten.

An den Genossenschaftstag schloß sich am 20. Juni noch die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft an. Nach eingehenden Berichten über den Stand der einzelnen Abteilungen und Genehmigung der Jahresrechnung nahm sie eine Resolution an, die der Leitung die erforderlichen Mittel an die Hand gab, um die bestehenden Produktionsbetriebe zu erweitern und eine Anzahl neue zu errichten. Die Verwirklichung der weitgehenden Pläne, deren Einzelheiten aus geschäftlichen Rücksichten sich jetzt noch nicht zur Veröffentlichung eignen, benötigen ein Kapital von zehn bis zwölf Millionen Mark.

Gelegentlich des Genossenschaftstages war ferner eine Ausstellung veranstaltet worden (sie ist noch bis Ende Juni geöffnet), die ein imponierendes Bild von der Entwicklung und dem jetzigen Stande der deutschen Genossenschaftsbewegung bot. Aus Raumrücksichten müssen wir jedoch heute von einer Beschreibung derselben absehen.

Es muß jeden Freund und Förderer der Arbeiterbewegung mit Stolz erfüllen, wenn er den machtvollen Aufstieg der proletarischen Genossenschaftsbewegung, der an solchen Tagungen immer am wirksamsten in Erscheinung tritt, verfolgt. Und noch stehen wir erst am Anfange der Bewegung! Sie noch viel mehr durch Eintritt in die Konsumvereine zu unterstützen, ist einfache und selbstverständliche Pflicht jedes Gewerkschafts- und ebenso jedes Parteimitgliedes! Wenn das schon früher geschehen wäre,

würde auch manche unliebsame Erscheinung, die sich heute noch, wenn auch in etwas vermindertem Maße, hervorbringt, gar nicht erst möglich geworden sein, und gerade diejenigen, die jetzt keine billige Gelegenheit zu kritischen Betrachtungen vorübergehen lassen, sollten etwas mehr beachten, welche Schwierigkeiten die Arbeiterkonsumvereine in den ersten Jahren ihrer Entwicklung durchzumachen hatten. Das beste Beispiel dafür bietet Berlin, wo gerade solche Kreise, die nunmehr selbst erkennen, welche Bedeutung diesem Zweig der Arbeiterbewegung zukommt, viel zu lange eine recht große Gleichgültigkeit ihm gegenüber an den Tag legten. Hoffen wir aber, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo alle Faktoren der modernen Arbeiterbewegung mit ihrer großen Kraft die Genossenschaften unterstützen; es wird dann auch ohne irgendwelche Gefahr für die letzteren der immer so lebhaft befürworteten „Meberneutralität“ die Stunde geschlagen haben!

Zweiter Verbandstag des Verbandes deutscher Konditoren-Innungen.

Wir bringen nachstehend einen uns zugegangenen Bericht über den Verbandstag des Verbandes der Konditoreninnungen, behalten uns aber vor, in einer der nächsten Nummern einige Punkte der Verhandlungen noch eingehender zu würdigen. Der Bericht lautet:

Am 18., 19. und 20. Juni 1912 tagte in Magdeburg im „Fürstenthor“ der Verband Deutscher Konditoren-Innungen. Während am ersten Tage die Empfangsfeierlichkeiten stattfanden, wurden den beiden darauffolgenden Tagen die Verhandlungen gewidmet. Nach den üblichen Begrüßungen der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es erfolgte zunächst der Kassenbericht und die Wahl der verschiedenen Kommissionen. Darauf wurde gegen vier Stimmen ein Antrag angenommen, der den Beitritt des Verbandes zum Zentral-Ausschuß Deutscher Innungsverbände empfiehlt. Der Antrag der Innung Prenzlaw: „Der Deutsche Innungsverband möge beschließen, bei sämtlichen in Frage kommenden Handwerkskammern vorstellig zu werden, um Freilassung des Personals im Konditoreigewerbe von dem Besuch der Fortbildungsschule im Monat Dezember“, konnte nicht verhandelt werden, da kein Antragsteller erschienen war und, wie der Vorsitzende meinte, die Sache überhaupt lokaler Natur sei.

Lebhaftes Interesse zeitigte folgender Antrag des Unterverbandes Schleswig-Holstein: „Kann vom Hauptverbande im Punkte der Marzipanpflanzerei etwas getan werden, damit diesem, unser Gewerbe so stark schädigenden Unfug gesteuert werden kann; könnte eventuell der Begriff Marzipan im Verhältnis von einem Pfund Rohmasse und einem Pfund Zucker gesetzlich festgelegt werden?“ Hierzu wurde beschlossen, daß der geschäftsführende Vorstand mit dem Nahrungsmittel-Interessentenverband in Verbindung treten soll. Ferner hatte derselbe Antragsteller beantragt, dahin zu wirken, die Lehrlingsprüfung und Ausstellung der Verbandspapiere im ganzen Verbandsbezirk gleichmäßig zu gestalten. Letzteres wird geschehen, sobald die „Wappenfrage“ geregelt ist, welches Wappen gleichzeitig die Lehrlings- und Meisterbriefe zieren soll. Dagegen könne sich der Verbandstag mit einer einheitlichen Lehrlingsprüfung nicht befassen, da die Ausbildung der Lehrlinge immer den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden müsse.

Ein weiterer Antrag: „Wie kann dem Unfug abgeholfen werden, daß Gehilfen Stellung annehmen und dann diese nicht antreten?“ fand seine Erledigung damit, indem darauf hingewiesen wurde, daß die Prinzipale durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinreichend geschützt sind. Ueberdies kommen derartige Fälle nicht allzu häufig vor, oft dann nur dadurch, weil die Gehilfen durch die Stellenangebote der Fachpresse auf günstigere Engagements hingewiesen werden. Der Vorschlag eines Redners, über diese Gehilfen „Warnungslisten“ (sprich: schwarze Listen) herauszugeben, fand bei den übrigen Delegierten keine Gegenliebe.

Der nächste Antrag: „Wie ist der Bewegung der Gehilfen zur Erlangung einer wöchentlichen vierundzwanzigstündigen Ruhepause als Ersatz für geleistete Sonntagsarbeit entgegenzuwirken?“ wurde mit dem Antrag: „Die Forderung unserer Gehilfen“ verbunden, worüber dann Jung (Cassel) referierte. Seinem knapp gefaßten Referat legte er folgende von den dortigen Gehilfen eingereichte Forderungen zugrunde, die folgende sind: Die bestehende Verkaufszeit ist beizubehalten, Einschränkung des Lehrlingswesens und Abschaffung des Volontärwesens, acht-tägiger Urlaub nach einjähriger Tätigkeit, einstündige Mittagspause, Erledigung aller Arbeits- und Lohnangelegenheiten in Gemeinschaft mit den Gehilfen, Festlegung aller Vereinbarungen auf tarifmäßiger Grundlage. Der Grundzug der ganzen Debatte war der: zwischen Gehilfen und Prinzipalen herrscht im allgemeinen die größte Harmonie. Um dieses Verhältnis nicht zu stören, wird den Delegierten empfohlen, bei ihren Innungen dahin zu wirken, „mahnbollen“ und gerechten Forderungen möglichst entgegen zu kommen. Als einsichtsvolle Unternehmer müsse man dem Zuge der Zeit folgen, wenn der Friede dem Gewerbe erhalten bleiben solle. Das Volontärwesen wurde vollständig verworfen, schon darum, weil das Geiz nur Lehrlinge kenne. Verschiedene Redner konnten es gar nicht begreifen, daß es noch Prinzipale geben solle, die den Gehilfen so selbstverständliche Forderungen, wie beispielsweise die einstündige Mittagspause, nicht gewähren. Nur dem anwesenden Vorsitzenden der Magdeburger Handwerkskammer, Herrn Böttchermeister Thierkopf, blieb es vorbehalten, den Scharfmacher zu spielen. Unter einem großen Aufwand von Lungentraft teilte er den Delegierten aus eigener Erfahrung mit, daß die Forderungen der Gehilfen einzig und allein von der Sozialdemokratie ausgehen. Mit allerhand Wähchen habe es diese bisher versucht, an die Konditorgehilfen heranzukommen, aber immer vergebens. Nun versuchen es die Genossen damit, die Gehilfen unzufrieden zu machen, um dann im trüben fischen zu können. Er warne die Meister dringend, niemals anders als mit dem

Gesellenausschuß und den bei ihnen arbeitenden Gehilfen zu verhandeln. Sogenannte Lohnkommissionen und ähnliche Vermittler seien strikte abzuweisen, da diese doch nur von der sozialdemokratischen Partei abgesandt werden. Auch die Festsetzung der Lehrlingskala sei ausschließlich Sache der Meister. Im allgemeinen gingen aber erfreulicherweise die Delegierten auf diese Tiraden nicht ein. Irgendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Zur weiteren Förderung des Verbandes erteilte der Verbandstag dem Vorstand die Genehmigung zur Anstellung des Dr. jur. Wolff-Mannheim als Syndikus, der dann auch zugleich als Redakteur des Verbandsorgans „Die Konditorei“ diese in zeitgemäßere Bahnen lenken soll. Der Mitgliederbeitrag wurde auf M 3 jährlich erhöht.

Der Antrag: „Anstrengung zur Einführung einheitlicher, möglichst schärfer, Kleidung unserer Verkäuferinnen“ fand damit seine Erledigung, indem man aussprach, daß man bestimmte Beschlüsse hierzu nicht fassen könne, da in den Kleinstädten diesen Schwierigkeiten begegnen würden; immerhin sei aber möglichst, namentlich in den Großstädten, eine anständige, einheitliche Kleidung anzustreben.

Bei dem Antrag: „Wie ist dem Mangel an geschulten Verkäuferinnen in den Konditoreien zu begegnen?“ wurde bemerkt, daß hierbei oft die schlechte Behandlung und niedrige Bezahlung die Schuld tragen, wie auch nicht verkannt werden dürfe, daß die wenigen freie Zeit, die den Verkäuferinnen in den Konditoreien zur Verfügung gestellt werden könne, zu dieser Misere beitrage. Selbstverständlich waren auch einige Redner anderer Meinung, die betonten, daß die Bezahlung im Vergleich zu den Leistungen eine noch viel zu hohe sei. Lediglich die größere Bewegungsfreiheit in andern Berufsarten trage die Schuld an dem Mangel geübten Personals. Auch zu diesem Antrag wurden keine Beschlüsse gefaßt, sondern dem Wunsch Ausdruck gegeben, ein gut geschultes Verkäuferinnenpersonal anzustreben.

Darauf ereignete sich für den Unbeteiligten eine heitere Szene. Als die eingesezte Wappenkommission über die Prüfung der eingegangenen Entwürfe Bericht erstattet und die Preisgekrönten proklamiert hatte, erhob ein Delegierter dagegen Protest, weil seine zwei Entwürfe nicht zur Prämierung gestanden hätten. Der Vorsitzende konnte die Sache nur so erklären, daß die Skizzen verloren gegangen seien und hat den Delegierten, von seinem Protest Abstand zu nehmen. Dieser ließ sich aber auf nichts ein. Daraufhin erklärte dann der Verbandstag die Prämierung für nichtig. Der Delegierte wird nun zwei neue Skizzen anfertigen, dann wird die fünfgliedrige Kommission, die sich aus allen Ecken des Deutschen Reiches zusammensetzt, in Dresden die Sache noch einmal beginnen.

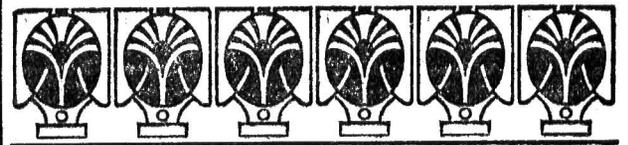
Ein Dringlichkeitsantrag, der eine Beteiligung an dem Ausschuh der deutschen Konditorenverbände festlegt und für die Beteiligung zu den Kosten prozentual beiträgt, wurde nach längerer Diskussion mit 19 gegen 15 Stimmen angenommen.

Eine längere Debatte zeitigte noch „Die Befestigung des Bäcker-Volontärwesens“ und „Die Verbandschaftsfrage“, an der sich auch der Vorsitzende des Bäcker-Innungsverbandes „Germania“, Apelt-Berlin, beteiligte, wobei die Meinungen dahin gingen, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dazu drängen, daß die Konditoren mit den Bäckermeistern gemeinschaftlich Schulter an Schulter stehen müßten, um gegen ihre Feinde von oben und unten gerüstet zu sein.

Die beantragten Statutenänderungen wurden ohne Diskussion en bloc angenommen.

Die Konditorinnung in Königsberg i. Pr. hatte einen Antrag eingereicht, wonach die Backtubenrevisionen nur unter Hinzuziehung eines Fachmannes stattfinden sollen. Begründet wurde der Antrag damit, weil das Feld der Gewerbeinspektion noch neu ist. Die Konditoren empfinden die Revisionen sehr schwer; das würde aber gemildert, wenn dem Beamten, der doch immerhin nur ein Laie ist, ein Fachmann beigegeben würde, der jenem manches verständlich erscheinen lassen würde. Die Angelegenheit wurde damit erledigt, indem ausgesprochen wurde, daß die Revisionen gewöhnlich durch Beauftragte der Handwerkskammer vorgenommen würden, wo doch meistens Fachleute dabei seien. Dagegen lasse sich bei polizeilichen Revisionen die Hinzuziehung eines Fachmannes schwerlich ermöglichen.

Nach Genehmigung des Haushaltsplanes für 1912 wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Der nächste Verbandstag wird in Dresden abgehalten werden.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Vertreterwahl zur Generalversammlung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 13. und 14. September d. J. in Magdeburg.

In Nr. 18 d. Bl. vom 2. Mai wurde die Einberufung dieser Generalversammlung bekanntgegeben. In der Gruppe, welcher Bäcker, Schlachter, Tabakarbeiter, Buchdrucker, Buchbinder und sonstige gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, sind nun 13 Delegierte und 13 Ersatzeleute zu wählen.

Von unsern Mitgliedern, die in den Bäckereien der Konsumvereine und in Produktivgenossenschaftsbäckereien beschäftigt sind, wurde an uns der Wunsch gerichtet, eine Kandidatenliste aufzustellen.

Wir fordern unsere Mitglieder in diesen Betrieben, die zugleich Mitglieder der Unterstützungskasse sind, nunmehr auf, uns bis spätestens 15. Juli Kandidaten für die Wahlen zu benennen.

Um allzu große Stimmenzersplitterung zu vermeiden, werden wir dann aus den vorgeschlagenen Kandidaten eine Kandidatenliste zusammenstellen, welche die einzelnen Landesteile möglichst gleichmäßig berücksichtigt. Unsere vorgenannten Mitglieder in diesen Betrieben werden in Betriebsversammlungen zusammentreten und in denselben die Kandidaten bestimmen, welche uns dann unter voller Namensnennung mit Angabe ihrer Wohnung bekanntgegeben werden.

Bis zum 1. August muß dann von den angeschlossenen Vereinen jedem angeschlossenen Mitgliede ein Wahlwert mit zwei Stimmzetteln ausgefolgt werden. Auf einen dieser Stimmzettel find die 13 Vertreter, auf den andern die 13 Stellvertreter zu schreiben.

Bis zum 12. August müssen die Mitglieder diese Stimmzettel wieder an die Verwaltung der Vereine abgegeben haben.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Gotha Franz Böllinger (Buch-Nr. 11 965.)

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender

Quittung.

Vom 17. bis 22. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Mai: Saarbrücken M. 143,20, Weißwasser 18,50, Bad Reichenhall 92,70, Kaiserlautern 67,30, Danzig 236,60, Remscheid 125,90, Oldenburg 87,90, Königsberg 72,30, Halberstadt 69,35, Spremberg 15,80, Berlin 592 (Streitbeiträge).

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: P. L. Zeulenroda M. 18,60, W. W. Elmshorn 40,05, P. R. Zehoe 22,10, F. St.-Salzwedel 5.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Spätestens am 29. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für 1912 (30 Juni bis 6. Juli) fällig.

Aus den Bezirken.

Hannover-Hildesheim. Der Bäcker Franz Bock aus Gr.-Düngen wird ersucht, seine Adresse sofort seinem Vater mitzuteilen. Sein Verbandsbuch, Invalidentarte usw. sind im Besitz seines Vaters und hat dieser seine Angelegenheiten geregelt.

Bielefeld. Das Bureau befindet sich vom 1. Juli ab im Hause der „Volkswacht“, Eingang Viktoriastraße, 1. Et., Zimmer 7. Das Bureau ist nachmittags von 5 bis 6 Uhr geöffnet.

Würzburg. Die Adresse des Kassierers Michael Bauerreiß ist ab 1. Juli Fabrikstr. 37, 4. Et.

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Bäcker.

Tariffbewegung in Bad Kissingen. In diesem Jahre machten sich auch die hiesigen Verbandsmitglieder daran, die unorganisierten Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, was ihnen auch zum größten Teil gelang. In mehreren Versammlungen verständigte man sich auch, den Tarif zu kündigen und die Herausbezahlung des Kostgeldes zu fordern. Die Meister jedoch erklärten kategorisch, daß sie sich auf einen Tarif nicht mehr einlassen. Auch der Gewerbegerichts vorsitzende konnte sie nicht von ihrem Standpunkt abbringen, so daß nichts anderes übrig blieb, als zum Streik zu greifen. Am Sonnabend, 15. Juni, mittags, unterbreitete Kollege Gafner den Meistern den neuen Tarif zur Unterzeichnung und ersuchte um eine Entschliebung bis zum Abend. Nachdem schon vorher Herr Rarch mit elf Gehilfen sich bereit erklärt hatte, den alten Tarif mit M 24,50 Mindestlohn wieder auf zwei Jahre abzuschließen, unterschrieb dann noch ein weiterer Meister und zwei erklärten mündlich, das Kostgeld von M 12 gewähren zu wollen. Zwei Meister mit je zwei Gehilfen bewilligten aber nicht und in einer Bäckerei kam ein Kollege in Betracht, welcher schon gekündigt hatte.

Es haben nun 18 Kollegen die Kost außer dem Hause und es ist zu erwarten, daß im nächsten Jahre auch mit den andern Meistern in dieser Richtung ein ernstes Wort gesprochen werden kann. Hätten die Kollegen in diesen Betrieben etwas mehr Mut und Solidarität an den Tag gelegt, so wäre das in diesem Jahre schon möglich gewesen. Daß die Gehilfen nicht zufrieden bleiben, wenn man ihnen als Mittagessen eine leere Erbsensuppe vorsetzt, dürfte den Meistern klar werden oder die Zeit wird es sie lehren. Die Kissingener Verbandskollegen sind sich darüber klar, daß man auf einen Hieb keinen Baum fällt, aber es ist eine alte Tatsache, daß man durch fortwährende Siege die stärkste Eiche zu Fall bringen kann. Auch die Boykottflugblätter werden ihre Wirkung nicht verfehlen, denn gerade auf Hygiene wird das internationale Baderpublikum in Kissingen sein Augenmerk richten.

Nachklänge vom Magdeburger Lohnkampf. Bekanntlich war es trotz des unglaublichen Terrorismus der Magdeburger Bäckereinnung, die unerhört hohe Ordnungsstrafen androhte und damit auch weite Kreise der Innungsmitglieder einschüchtern konnte, möglich gewesen, am Schluß des Streiks 46 geregelte Bäckereien zu verzeichnen. Aber die Drohungen haben deshalb zu einem großen Teil

den für die Innung erwünschten Zweck gehabt, weil ja bereits nach dem Kampf von 1910 27 Meister, die bewilligt hatten, insgesamt M 5700 an Ordnungsstrafen zahlen mußten. Daß aber alle diese terroristischen Gewaltmittel keine dauernde Hilfe für die rückständigen Zünftler sind, daß sie höchstens dazu beitragen, daß der Zerlegungsvorgang in den zünftlerischen Organisationen beschleunigt wird, beweisen auch einige Worte aus den Ausführungen des Zweigverbandsvorsitzenden für Sachsen-Anhalt-Thüringen auf der Tagung des Zweigverbandes Nord-West in Helmstedt, wo er nach der Günstlichen Zeitung u. a. erklärte: In Magdeburg habe mancher Innungsmeister fürhrend zu Kreuze kriechen müssen; nur der Polizeipräsident habe durch Konfiskation der schmutzigen Flugblätter eingegriffen, an anderer Stelle habe man taube Ohren gefunden.

Dies muß also sogar einer der arbeiterfeindlichsten und rückständigsten Zünftler erklären, daß letzten Endes auch diese brutale Mittelstandsvernichtung (bejagter Herr ist Führer der Mittelstandsbewegung in Magdeburg) durch Verhängung solch horrender Geldstrafen noch kein Kraut gegen die unaufhaltsam vordringende Gefellenbewegung ist. Nun scheint aber das der Polizei gespendete Lob auch seine Wirkung auf den Staatsanwalt nicht verfehlt zu haben; denn es schwebt hier zurzeit ein Ermittlungsverfahren. Gegen welche Person es sich richtet, ist noch unbekannt; es sind bis jetzt schon verschiedene Personen vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden. Man möchte anscheinend gern so ein kleines Prozeßchen wegen Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung (Erpressung usw.) anhängig machen. Oder will der Herr Staatsanwalt nur Material gegen die Terroristen im Innungsvorstand haben, gegen die ja auch einige Bäckermeister, die bedroht wurden, einen Strafantrag gestellt haben? Material hierzu wären wir in der Lage, massenhaft zur Verfügung zu stellen. Bei Androhung einer Ordnungsstrafe im Falle des Nichterscheins von M 3 wurden die Inhaber der geregelten Bäckereien zum 7. Juni vor den Innungsvorstand geladen. Dieselben gingen geschlossen hin, beantworteten

Der Quartalsabschluß steht vor der Tür! Wer mit Beiträgen im Rückstande ist, bringe sein Mitgliedsbuch sofort in Ordnung. Zum Quartalsabschluß dürfen die Kassierer keine Restanten haben! * * * * *

die an sie gerichteten Fragen und gingen ebenso geschlossen, gar nicht so respektvoll, wie es die weisen Herren auf dem Innungsthor sonst gewöhnt sind, wieder von dannen.

Am selben Tage hat vor der hiesigen Zivilkammer die erste Verhandlung in einem von einigen Bäckermeistern gegen den Innungsvorstand angetretenen Zivilprozeß über die Gültigkeit der Ordnungsstrafen stattgefunden. Als Vertreter der Innung ist der Anwalt der hiesigen gelben Werkvereine, Rechtsanwalt Bistorius, tätig. Derselbe versuchte schon in der kurzen Vorberhandlung, getreu seiner ganzen bisherigen Tätigkeit, die Angelegenheit auf das politische Gebiet zu überführen. So erklärte er zum Gaudium aller Zuhörer, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges sei ein politischer Kampf. Als der Vorsitzende der Kammer an unsern sich im Zuhörerraum befindlichen Kollegen Mache eine Anfrage um Aufklärung über einige Dinge richtete, die derselbe sachgemäß beantwortete, protestierte Bistorius mit den Worten dagegen: „Das ist ja Mache, der Gewerkschaftsbeamte, der alles in die Zeitung gesetzt hat, der überhaupt alles arrangiert.“ Aus alledem ist zu ersehen, daß die Sache noch außerordentlich lustig zu werden verspricht.

Der Boykott wird in einzelnen Bezirken noch außerordentlich scharf geführt; so wurden in einem Vorort am vorigen Sonntag den beiden dort in Betracht kommenden geregelten Bäckereien über 100 neue Kunden zugeführt, welche die Scharfmacher dort eingebüßt haben.

Es ist nachgerade den Herrschaften hier sehr deutlich zum Tanze aufgepielt worden und werden ihnen wohl die eigenen Innungsmitglieder bald erklären, daß es besser ist, mit der organisierten Gefellenschaft Frieden zu halten.

Nachklänge vom Streik in Halle a. d. S. Wie während des ganzen Kampfes, so hat die Innung auch weiter gezeigt, daß sie nicht auf der Höhe war und ihre Fassung durch den Streik vollständig verloren hat. Zwei Tage nach Beendigung des Streiks kam sie mit einer einseitigen Verfügung, daß wir keine Flugblätter mehr verteilen sollen, und künden nicht weniger als fünf Personen und einer Genossenschaft — ohne Namen — M 500 Geldstrafe oder zwei Monate Haft an, wenn die Bäckermeister weiter boykottiert und noch Flugblätter verteilt werden. Die Innung hat erstens mit dem späten Erscheinen vollständig daneben gehauen. Ferner hat ja gar kein Boykott im Sinne der Verfügung stattgefunden. Es sind lediglich nur die Geschäfte der Bevölkerung bekanntgegeben worden, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben; um die andern haben wir uns nur gekümmert, wenn ein Meister bewilligen wollte.

Den Hauptschlag wollte man gegen den Vorsitzenden der Lohnkommission, den „Agitator“ Friedrich, führen. Aber hier hatte man sich verschätzt, denn Friedrich ist nicht der Vorsitzende der Kommission, und nun sind die Herren gerade so klug wie zuvor. Weil sie nichts ausrichten können, sollen die einzelnen Bäckermeister, die die Forderungen bewilligt haben, daran glauben. Sie werden einzeln vor den hohen Rat geladen und sollen beichten; wenn nicht, müssen sie drei „Meter“ blechen. Aber o weh! Die Bäckermeister sind selbst rebellisch geworden und verlangen erst einmal ein Innungsstatut, nach dessen § 13 sie bei Nichterscheinen die Strafe zahlen mußten. Da zeigte sich eine schöne Lotterwirtschaft: die Mitglieder

haben nicht einmal Statuten bekommen und sollen nach diesen bestraft werden!

Auch hiermit hat man nichts erreicht; denn die Meister, die die Forderungen bewilligt haben, geben nun auch nicht nach.

Der Sprechmeister und der Obermeister haben nun alles versucht, ihre Mut an den Arbeitslosen auszulassen und wollten dieselben nicht in den Arbeitsnachweis einschreiben. Eine Beschwerde bei dem Magistrat hat auch hier Abhilfe geschaffen. Das Schlimmste für die Innung ist, daß aus diesem Kampfe ihre Mitglieder gelernt haben, daß sie in Zukunft nicht mehr blindlings den Scharfmachern folgen dürfen; sie werden also dem Innungsvorstand plausibel machen müssen, sich mit dem Verband zu einigen. Ueber die Hälfte unserer hallischen Kollegen arbeiten nun außer Kost und Logis, und dies für den Rest ebenfalls noch zu erreichen, wird unsere Aufgabe sein!

Die Lohnbewegung im Flensburger Bäckergewerbe ist nunmehr in ein neues Stadium getreten. Trotz des bekannten Verrats der gelben Unternehmerlieblinge reichte die eingesetzte Lohnkommission die Forderungen an die Innung ein. Diese stellte sich auf den Scharfmacherstandpunkt und lehnte jedes Entgegenkommen ab aus Gründen, die nur bei Scharfmachern, aber nicht bei loyal denkenden Menschen maßgebende Bedeutung haben. Als Folge dieser ablehnenden Haltung der Innungsmeister fand am 16. Juni im „Holsteinischen Hause“ eine öffentliche Bäckereiarbeiterversammlung statt, in der die Lohnkommission einen ausführlichen Situationsbericht über den jetzigen Stand der Dinge gab. Die Verhandlungen gipfelten schließlich in der Annahme einer Resolution, die ein getreues Spiegelbild gibt von dem Scharfmacherstandpunkt der Innungsmeister und dem Verrat der Gelben. Diese Resolution lautet:

„Die heute im „Holsteinischen Hause“ tagende öffentliche Versammlung der Bäckereiarbeitergesellschaft Flensburgs nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß die Innung es abgelehnt hat, auf Grund der von der Gefellenschaft aufgestellten Forderungen in Verhandlungen einzutreten. Ferner wird das Verhalten der sogenannten Bundesgefallen aufs schärfste beurteilt, die nicht allein eine Vertretung unserer Interessen ablehnen, sondern nach dem Bericht eines Vorstandsmitgliedes der Bäckereinnung alles aufgeben haben, um die Innung von einem Verhandeln mit der Lohnkommission abzuhalten. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, zu geeigneter Zeit Schritte zu unternehmen, um die Forderungen der Bäckereiarbeiter zur Durchführung zu bringen. Nach wie vor erblicken die Bäckereiarbeiter Flensburgs im Zentralverbande der Bäcker und Konditoren die Organisation, die allein geeignet und gewillt ist, für die Hebung der Existenzbedingungen der Gefellenschaft einzutreten. Die Versammlung verspricht deshalb, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Stärkung des Verbandes einzutreten. Es wird entschieden Verwahrung gegen die Versuche der Arbeitgeber eingelegt, durch Maßregelung, Verrufserklärung usw. das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zu unterbinden.“

Aus dieser Resolution geht klar und deutlich der Verrat der gelben Unternehmerlieblinge hervor. Dabei besaß ein Teil dieser Gefellenschaft noch die Unverfrorenheit, in der am vergangenen Sonntag abgehaltenen Versammlung zu erscheinen und zu erklären, daß sie grundsätzlich die der Innung unterbreiteten Forderungen anerkannten; nur mit dem beschrittenen Weg konnten sie sich nicht einverstanden erklären. Statt der Lohnkommission hätte der Gefellenausschuß als Vermittlungsperson auftreten müssen. Als die Lohnkommission sich bereit erklärte, ihr Amt an den Gefellenausschuß abzutreten, waren die Gelben plötzlich andern Sinnes geworden. Durch faule Ausreden suchten sie sich aus dem Dilemma wieder herauszuwinden, um nicht in die Lage zu kommen, berechnigte Forderungen ihrer Massengenossen vertreten zu müssen. Man ersieht aber aus diesen Vorgängen, wie gemein die gelbe Gefellenschaft den Arbeiterverrat betreibt. Unsere Kollegen werden aber nicht locker lassen, sondern unermüdet werden sie bestrebt sein, ihre Forderungen durchzusetzen, und es ist selbstverständlich, daß die gesamte Arbeiterschaft diesen Bestrebungen lebhaftes Interesse entgegenbringt. Ihre innere Festigkeit bietet die beste Gewähr dafür, daß es gelingen wird, trotz der ständigen Maulwurfsarbeit der professionellen gelben Arbeiterverräter.

Uebrigens hat der Bäckereibesitzer Kerup die Forderungen der Gefellen nicht nur bewilligt, sondern er ist sogar darüber hinausgegangen. Damit dürfte Herr Kerup den guten Willen zur Schaffung geordneter Verhältnisse gezeigt haben, und es ist zu hoffen, daß er sich nicht mehr von der Ansicht abbringen läßt, daß geordnete Verhältnisse auch für den Unternehmer das Beste sind.

Lohnbewegungen im Münchner Bezirk. Durch die erfreuliche Ausbreitung der Organisation in den Landgebieten ist es im Laufe der Jahre möglich geworden, in allen größeren Orten Oberbayerns die Kost und auch teilweise die Wohnung zu beseitigen und mit den Unternehmern Tarife abzuschließen.

Nur in Weilheim und Murnau, zwei kleinere Städtchen, mit je acht Bäckereien und je zwölf Gehilfen, wollte es trotz aller Bemühungen nicht vorwärts gehen. Einerseits hatte bei den älteren Gehilfen der Organisationsgedanke nicht so feste Wurzel gefaßt wie notwendig war, andererseits waren die Bäckermeister vom reaktionärsten Holze geschnitten, die mit allen Mitteln das Emporkommen der Organisation zu verhindern suchten. Und so mußten wir zu unserem Mageren Jahr um Jahr verstreichen lassen und zusehen, wie sich in allen andern Orten Oberbayerns die Verhältnisse verbesserten und diese beiden Orte allein mit den alten Zuständen übrig blieben.

Es gelang uns aber, trotz aller Schikane, in aller Stille die Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, und man schickte sich nun auch an die Lohnbewegung vorzubereiten und an die Unternehmer Forderungen einzureichen, die den andern abgeschlossenen Tarifverträgen gleich waren.

Aber die Bäckermeister in Weilheim, die sonst das ganze Jahr in geschäftlicher Beziehung Hund und Raß sind, sie waren sich mit einem Schläge einig gegen die Gehilfen und ihre Forderung. Jeder Versuch, eine Einigung herbei-

zuföhren, scheiterte an der Hochbeinigkeit der Bäcktrogenfüßler und so legten am 14. Mai d. J. die Gehilfen einmütig die Arbeit nieder. Das hatten die Meister natürlich nicht erwartet, und sie machten lange Gesichter, als statt der Gehilfen die Nachricht vom Streik kam.

Mit dieser spontanen Arbeitsniederlegung sollte bezweckt werden, daß ein paar Betriebe durch Entzug der Arbeitskräfte getroffen und so zum Nachgeben gezwungen würden, weil jeder der acht Arbeitgeber erklärte: er ist zwar nicht gegen die Forderung, mache aber auch nicht den Anfang zu einem Tarifabschluß.

Leider waren unter den Streikenden drei Zeiglinge, Gebhard, Graf und Hinkofer, welche sich nachts gegen 11 Uhr wie Diebe von ihren Kollegen fortzuschleichen und zu Streichbrechern wurden und damit auch die ganze Aktion zunichte machten. Wenn diese drei Verräter nur eine Nacht ausgehalten hätten, der Kampf wäre für uns glatt gewonnen worden. So aber hatten die Weilheimer Zünftler nochmals Glück. Aber ihres Sieges sollen die Herren nicht froh werden, dafür sorgen wir durch das nötige Einheizen mit Flugblättern, und heute schon bereuen es verschiedene, so dumm gewesen zu sein und nicht bewilligt zu haben; aber der Bäckermeisterbündel läßt ein Nachgeben eben nicht zu.

Fast gleichzeitig wurden auch in Murnau die Forderungen eingereicht; diese fanden hier eine bessere Aufnahme. Von acht Meistern haben fünf die Forderungen der Gehilfen bewilligt und nur drei, die im Nebenamt Viehhändler sind, glaubten, das Gegenteil machen zu müssen.

Die drei Tierbändler sollen sich aber getäuscht haben; denn die Arbeiterkassette Murnaus ist entschlossen, durch Boykott ihnen zu zeigen, daß man mit Arbeiterrechten nicht ungekräft Schindluder treiben darf und letzten Endes werden auch sie einsehen, wie töricht sie handelten.

Der in Murnau abgeschlossene Tarifvertrag lautet:

A. Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit ist einschließlich der notwendigen Essens- und Ruhepausen die gesetzliche.

2. Für gesetzlich erlaubte Ueberstunden sind pro Gehilfe und Stunde 50 % zu bezahlen.

B. Löhne.

3. Der Mindestwochenlohn beträgt für den letzten Gehilfen (Postler) M 19. Alle übrigen Gehilfen erhalten an Stelle der Beföstigung den Lohn in Bargeld ausbezahlt; die Entschädigung beträgt M 10 pro Woche mit der Maßgabe, daß für den Mischer M 23 und für den Schiefer M 26 als Mindestlohn gelten.

4. Gehilfen, welche den Meister beim Ofen ablösen (nichtselbständige Schiefer), erhalten einen Lohnzuschlag von M 2 pro Woche.

5. Für Aushilfsarbeiten sind pro Gehilfe und Nacht M 4, in verantwortlicher Stelle mehr zu bezahlen. Fahrgehalte sind extra zu entschädigen.

6. Bei Krankheit und militärischer Uebung bezahlt der Arbeitgeber den Aushilferlohn. Nach einer Woche tritt der jeweilige Wochenlohn ein.

7. Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen, auch bei Stellenwechsel, eine Verschlechterung nicht erfahren.

8. Die Lohnzahlung erfolgt Sonntags nach beendeter Arbeit.

9. Frühkaffee und Brot zum eigenen Gebrauch werden wie bisher gegeben.

10. Alle verabreichten Naturalien sind freiwillig und darf hierfür vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden. Dem Gehilfen, der die Wohnung außer dem Hause will, sind hierfür pro Woche M 1,50 zu entschädigen.

C. Urlaub.

11. Jedem Gehilfen ist nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Urlaub von vier Tagen, nach zwei Jahren ein solcher von sechs Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes zu gewähren. Wird das Arbeitsverhältnis innerhalb eines Jahres beendet, so erhält der Gehilfe den Bruchteil des Urlaubes, der durch die Beschäftigungsdauer sich ergibt.

D. Allgemeines.

12. Den Gehilfen sind ordentliche Schlafräume mit dem nötigen Mobiliar zur Verfügung zu stellen. Die Schlafräume müssen den oberpolizeilichen Vorschriften entsprechen.

13. Wegen Organisationszugehörigkeit und Eintretens für die tariflichen Bestimmungen dürfen Maßregelungen nicht erfolgen.

14. Der Tarif ist an gut sichtbarer Stelle im Betriebe auszuhängen.

15. Streitigkeiten, welche aus dem Tarif entstehen, werden durch die Vertragsparteien zu sichten versucht. In letzter Instanz unter Vorsitz des Herrn Bürgermeister.

E. Tarifdauer.

16. Die Tarifdauer ist eine zweijährige und gilt für die Zeit vom 15. Mai 1912 bis 14. Mai 1914 mit monatlicher Kündigungsdauer. Erfolgt eine Kündigung nicht, so besteht der Vertrag jeweils auf ein weiteres Jahr.

Murnau, im Mai 1912.

(Unterschriften.)

Konditoren.

Tarfbewegung der Münchner Konditorgehilfen. Der vor drei Jahren mit der oberbayerischen Konditor- und Bäckhändler-Vereinigung abgeschlossene Tarifvertrag wurde durch Beschluß einer Gehilfenversammlung gekündigt. Der Verband der Bäcker und Konditoren unterbreitete der Innung einen Tarifvertrag, der in der Hauptsache folgende Forderungen enthält: Die Arbeitszeit beträgt an Werktagen in allen Konditoreien und Konditoreien mit Cafés zehn Stunden, einschließlich anderthalb Stunden Mittagspause, die in die Zeit zwischen 11 und 2 Uhr zu legen ist. An Sonn- und Feiertagen beträgt die Arbeitszeit höchstens fünf Stunden. Post- und Logis werden an keinen Gehilfen mehr gewährt, dafür wird die Barlohnbezahlung eingeführt. — Der Mindestlohn beträgt M 26. Bisher besser bezahlte Gehilfen erhalten um M 3 mehr die Woche. Ueberstunden jeglicher Art werden mit 60 % pro Person und Stunde bezahlt. — Für verabreichte Naturalien oder

gewährte Wohnung darf vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden. — Als Ersatz für geleistete Sonntagsarbeit ist jedem Gehilfen in der Woche ein Ruhetag von 36 Stunden ununterbrochener Dauer, bei Fortzahlung des Lohnes und der nötigen Aushilfen, zu gewähren. Geldabfindung für den Ruhetag ist unzulässig. Dies sind die hauptsächlichsten Forderungen.

Termin zur Verhandlung war bereits für Freitag, 7. Juni, vor dem Einigungsamt angelegt. Die Konditorinnung sandte jedoch an das Gewerbegericht ein Schreiben des Inhalts, daß sie es ablehne, mit dem Bäcker- und Konditorenverband zu unterhandeln. Das Gewerbegericht setzte neubildungs Termin an auf Montag, zu dem der Obermeister der Innung unter Androhung einer Ordnungsstrafe vorgeladen wurde. An Stelle des Herrn Finsterwalder — der bis zu seiner Verurteilung wegen Betrugs die erste Violine in der Innung spielte und der zur Stärkung seiner angegriffenen Gesundheit nicht in Stadelheim, sondern à la Eulenburg und Wartenhauser in Meran weilte! — erschien Konditor Hoffmann für die Innung. Er gab — ganz im Geiste Finsterwalders — die Erklärung ab, daß die Innung es ablehne, mit der Organisation in eine Verhandlung einzutreten. Eine Versammlung habe beschlossen, nur mit dem Gehilfenausschuß zu unterhandeln. Daran sei die Innung durch das Statut gebunden. — Der Vertreter des Bäcker- und Konditorenverbandes, Diermaier, bedauerte diese Erklärung; der Organisation bleibe nichts anderes übrig, als anderweitige Schritte zu unternehmen. Bezüglich der Bestimmung im Innungsstatut, daß nur im Einvernehmen mit dem Gehilfenausschuß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden können, betonte Diermaier, daß eine ähnliche Bestimmung im Statut der Bäckerzweiginnung enthalten sei. Die Tarifverhandlungen im Bäckerzweig wurden bis jetzt immer unter Zugrundelegung des Gehilfenausschusses mit der Organisation gepflogen. — Herr Hoffmann blieb bei seiner Auffassung, jetzt aber gleichzeitig hinzu, daß die Innung es ablehnen werde, gleichzeitig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Konditoreien mit Café beschäftigten Gehilfen zu ordnen. Die Innung stelle doch nicht erst einen Schutzmann vor die Tür dieser Geschäfte, die ihnen die größte Konkurrenz machen, um dann die Verhältnisse in diesen Geschäften zu regeln. Der Vorsitzende hob hierauf die Verhandlung als ergebnislos auf mit dem Bemerkens, daß es in diesem Falle bei einem Tarifabschluß mit der Organisation vorausichtlich ohne Zange nicht gehen wird.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Berlin. Von dem Kassenvorstand der Dresdner Eingetragenen Hilfskasse Nr. 42 geht uns unter Berufung auf das Pressegesetz folgende Mitteilung zu:

In Nr. 24 Ihrer Zeitung vom 13. Juni 1912 schreiben Sie unter „Korrespondenzen — Berlin“, über angebliche Ueberverteilung der Kassennmitglieder durch den Kassenvorstand. Dazu ist zu berichten:

1. Es ist unwahr, daß die Kasse mit bedenklichen Mitteln arbeitet; wahr ist vielmehr, daß nur statutarisch und auf Grund gesetzlicher Vorschrift die Geschäfte geführt werden.

2. Es ist unwahr, daß die Organisation (gemeint ist wohl der Verband der Bäcker) jemals Einfluß auf die Verwaltung der Kasse gehabt hat; wahr ist dagegen, daß die Kasse jederzeit nach den statutarischen und gesetzlichen Bestimmungen verwaltet wurde, was die alljährlich von der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Revisionen der Kasse beweisen. Da von letzterer Einwendungen gegen die Geschäftsführung nicht zu machen waren, daher das Zurückziehen der Organisation auf die Verwaltung der Kasse keinen Einfluß ausüben kann.

3. Der erste geschilderte Fall angeblicher Ueberverteilung ist dem Kassenvorstande nicht bekannt. Es wird uns aber auch von unserm Kassenvollmächtigten in Berlin mitgeteilt, daß ein derartiger Fall der örtlichen Verwaltung Berlin auch nicht bekannt ist; steht aber dem Betreffenden rechtlich ein Unterstützungsanspruch zu, so wird er sein Recht bekommen, wenn er sich an den Kassenvorstand wendet.

4. Im zweiten Falle gehörte der Betreffende erst fünf Monate der Kasse an; er ist am 11. November 1911 eingetreten und seit 16. April 1912 infolge Lungenleidens erwerbsunfähig. Es ist unwahr, daß dieses Mitglied Angaben gegenüber dem damaligen Kassensekretär über sein Ehrenleiden gemacht hat oder gemacht haben kann. Wahr ist vielmehr: a) daß dieses Mitglied sämtliche Rubriken der Beitrittserklärung über anhaftende oder gehabte Krankheiten mit „Nein“ beantwortet hat, diese Beitrittserklärung von ihm sowie dem damaligen Kassensekretär unterschrieben worden ist, b) daß dieses Mitglied bereits seit Jahren an Tuberkulose des Kehlkopfes leidet und in der königlichen Klinik behandelt wird, worüber er selbst die Karten, die den Ausweis über die Krankheit erbringen, in der Tasche trägt und dem Vertrauensarzt vorzeigte und c) daß dieses Mitglied nach dem Gutachten des Vertrauensarztes sich bewußt den Eintritt in ungesetzlicher Weise verschafft hat und seine asthmatischen Beschwerden nicht von einem Lungenasthma herrühren, sondern davon, daß die Kehlkopftuberkulose zur Lungentuberkulose geführt hat.

5. Es ist unwahr, daß die Kasse, um ihre Existenz zu freifen, zu allen sozialen Anforderungen hohnsprechenden, verzweifeltsten Mitteln greifen muß; wahr ist vielmehr, daß die Kasse in der Lage war und ist, jederzeit ihre statutarischen und gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedern zu erfüllen. Der Ausschluß des betreffenden Mitgliedes mußte nach den statutarischen Bestimmungen erfolgen, und

damit hat der Kassenvorstand nur seine Pflicht getan, um die übrigen Mitglieder gegen die ungesetzliche Ausnutzung dieser Mitglieder zu schützen.

Der Kassenvorstand.

J. A.: Carl Pietschmann, Vorsitzender.

Wir hatten nicht die Möglichkeit, vor Redaktionsschluß dieser Nummer unserm Berichterstatter von obenstehender Berichtigung Kenntnis zu geben und können deshalb auf die Behauptungen, welche der Kassenvorstand in bezug auf das in Frage stehende Mitglied in Absatz 4 macht, nicht eingehen. Jedenfalls wird sich unser Korrespondent hierzu noch äußern. Das endgültige Urteil über die „bedenklichen Mittel“ und die „allen sozialen Anforderungen hohnsprechenden verzweifeltsten Mittel“ können wir aber wohl denjenigen überlassen, die gezwungen waren oder es gegenwärtig noch sind, die Kasse in Anspruch zu nehmen. Auf eins müssen wir aber schon heute recht ausdrücklich hinweisen: Der Kassenvorstand wendet sich in Absatz 2 scharf gegen die Stelle in unserm Korrespondenzartikel, wo es heißt: „Wenn schon zurzeit, wo die Organisation noch immerhin ihren Einfluß in der Verwaltung zur Geltung bringen konnte...“ Er schreibt, daß die Kasse jederzeit nach den statutarischen und gesetzlichen Bestimmungen verwaltet wurde usw. In diesem Satze kommt wieder die ganze Strategie zum Vorschein, die der Kassenvorstand stets zur Verfügung hat, wenn er in der Öffentlichkeit gegen unsere Organisation polemisiert. Wie unser Korrespondent diesen „Einfluß“ gemeint hat, weiß jeder, der die Stelle genau durchliest. Es ist dort außerdem nur von den einzelnen Kassenvorstreitern die Rede. Daß niemals im Laufe der langen Jahre beabsichtigt wurde, die Verwaltung der Kasse in der Betätigung ihrer gesetzlichen und statutarischen Verpflichtungen zu beeinflussen, braucht gar nicht erst betont zu werden. Wohl haben die Mitglieder unseres Verbandes stets darüber gemacht, ob die Verwaltung den statutarischen und gesetzlichen Bestimmungen nachkam; sie haben in den Generalversammlungen energisch ihre Ansichten vertreten und haben verlangt, daß den Beschlüssen der Generalversammlungen Rechnung getragen wurde — das war aber auch alles an „Beeinflussung“. Doch der Vorstand der Kasse benutzt jetzt diese Gelegenheit wieder, um möglichst laut Verwahrung dagegen einzulegen, daß er sich vom Verband habe beeinflussen lassen! Für wessen späte Ohren sind denn eigentlich solche Bemerkungen bestimmt?

Frankfurt a. M. In Anbetracht der bevorstehenden Lohnkämpfe in den Brotfabriken und verschiedenen Orten des Bezirks hatte der Vorstand die Einführung eines Lokalbeitrages von 5 % pro Woche und Mitglied ab 1. Juli d. J. beantragt. Eine vorausgegangene Vertrauensmännerversammlung beschloß, daß bei der Abstimmung eine Zweidrittelmajorität für die Einführung entscheidend sein müsse; die Mitgliederversammlungen stimmten zunächst diesem Vorschlage der Vertrauensmänner zu. Die in den Versammlungen vorgenommene Abstimmung ergab aber von 163 abgegebenen gültigen Stimmen 57 für und 126 gegen die Einführung des Lokalbeitrages. Bemerkte sei, daß der größere Teil der verheirateten Kollegen für den Lokalbeitrag stimmte.

— Gesellenauswahl. Daß die Innung trotz des Tarifvertrages die Pflege der Gelben sich angelegen sein läßt, haben wir des öftern erwähnt; heute sei nur nochmals bemerkt, daß die hiesige Innung auch noch 300 Exemplare der Leimruten auf Innungskosten abonniert und durch die Hefelieferanten an die Meister und die Gehilfen verteilen läßt. Wir zweifeln, daß diese zwecklose Geldvergeudung der Innung allen Innungsmitgliedern bekannt ist; es scheint aber, daß einige Herren glauben, die Zeitung unterstützen zu müssen, weil sie sonst befürchten, ihr angelegtes Geld zu verlieren. Gar zu schmerzlich konnte sich die Innung von ihrem gelben Gesellenauschuß trennen, deshalb versuchte sie nochmals, ihre Lieblinge zu halten. Bereits am 8. März hatte sie eine Versammlung zwecks Wahl einberufen; als sie aber sah, daß die Verbandsmitglieder unerwartet doch in genügender Stärke erschienen waren, fand die Innung selber Formfehler in der Einberufung und schickte die Wähler nach Hause, und an eine weitere Wahlvornahme dachte sie nicht früher, bis die Aufsichtsbefehle auf Grund der Beschwerde sie dazu veranlaßte. Nun versuchte sie abermals, die Schwarzen, Blauen und Gelben zu begünstigen, indem die Versammlung angelegt wurde an einem Tage (14. Juni), an welchem Tage unsere Kollegen einen Vortrag des Herrn Dr. Albert über Kunst und Proletariat entgegennehmen; dieser großartige Vortrag erlitt dadurch eine kleine Störung, indem die Wahlberechtigten vorzeitig diese Versammlung verlassen mußten. Erwähnt sei noch, daß seitens der Innung zweierlei Einladungszettel herausgegeben wurden, und zwar lautete eine Form auf drei Uhr, die andere auf zwei Uhr. Schließlich wurde noch der letzte Versuch gemacht, unsere Kollegen zu benachteiligen, indem unsere gedruckten Stimmzettel für ungültig erklärt wurden. Doch es nützte nichts; trotz schwacher Wahlbeteiligung unserer Kollegen erhielten unsere Kandidaten 86, die Gelben und Hirse zusammen 28 Stimmen.

So hat nun auch der während des Streiks 1910 vom mit Revolvern bewaffneten Arbeitswilligen gewählte Arbeitswilligenausschuß sein Ende gefunden. Unsere gewählten Kollegen werden jetzt das Veräumte nachholen müssen und insbesondere den Schutz der Lehrlinge sich angelegen sein lassen. Diese waren bisher vollständig der Willkür der Meister ausgesetzt. Der Gesellenauschuß hat bereits einen traffen Fall von Lehrlingsmißhandlung zu untersuchen und werden wir über das Resultat berichten.

Hannover. Der Häusermaler, Pferdehändler und Streichbrecheragent August Friß Nuhn betrachtet es als seine Lebensaufgabe, unsern Verband auszurotten. Erfolg hat seine Tätigkeit bis jetzt nur nach der andern Richtung gebracht, denn die Organisation hat immer noch an Mitgliedern, dank der Tätigkeit des Herrn Fr. Nuhn, gewonnen. Seine uns so wohlwollende Gefinnung kam dieser Lage wiederum dadurch zum Ausdruck, daß er organisierte Bäcker aus dem Amtshause, Ecke Herchel- und Brüderstraße, hinauswarf und durch die Polizei verhaften ließ. Schon vorige Woche wies er einen in Hannover alt und grau gewordenen Kollegen, der sich und seine Arbeitskraft dem Profit wohlwollender Bäckermeister geopfert hat, aus dem Herbergslokal. Am andern Tage war nun auch unser Kollege Ostermann dort anwesend, welche Tatsache Herrn Nuhn sehr

stark aus dem seelischen Gleichgewicht brachte. Mit den Worten: „Machen Sie, daß Sie hier herauskommen aus dem Lokal“ eilte er auf diesen los. Als der Ungeheure die Grefütigungswelt des Herrn Nuhn anwesend, requirierte dieser die Polizei, die dann wirklich die Verhaftung des Kollegen vornahm und ihn aufs Revier brachte. Dort angekommen, verlangte der gemüthvolle Herr Nuhn, daß Ostermann eingesperrt werde, und der Polizeibeamte folgte wirklich dem Rat. Erst der hinzukommende Herr Polizeikommissar beehrte den Schutzmann eines andern. Ostermann wurde wieder auf freien Fuß gesetzt und mit den Worten entlassen: „Sie bekommen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und wegen unerlaubter Verbreitung von Schriften.“ Gschäftlich und nichtlich, nicht wahr? Hossentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo alle hannoverschen Bäckergefelln das System der Bevormundung durch die Bäckermeister wie auch ihre Unterwürfigkeit und Gleichgültigkeit ablegen werden.

Karlsruhe. Am 20. Juni tagte in der „Karlsruhe“ eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung, welche sich mit dem Thema: „Wann ist im Bäckerberufe an die Einführung der Tagesarbeit zu denken?“ beschäftigte. Als Referent war Kollege Gaud-Strasbourg erschienen, der diese sehr aktuelle Materie in eingehender Weise behandelte. Des Raumangels wegen soll auf das Referat sowie deren Fürsprecher in der Debatte nicht eingegangen werden, sondern einigen Zwischenfällen wollen und müssen wir die Spalten unserer Fachzeitung öffnen. Zu dieser imposanten Versammlung kam auch ein Häuflein gelber Bundesanhänger angerückt, die sich die „Auchkollegen“ Meek und Strizinger als Medner für den gelben Sumpf erkoren hatten. Ersterer blieb meistens unverständlich, und was man wahrnehmen konnte, waren nur aus der Luft gegriffene Phrasen; denn die nötigen Beweise für seine Behauptungen konnte er nicht erbringen. Insbesondere glaubte Meek mit folgendem Märchen aufpassen zu müssen: Er faselte: Ein Verbandsmitglied habe M 45 000 Vermögen besessen. Diese Summe hätte er im Interesse des Verbandes verkaufen müssen; mithin wäre ihm alsdann die Selbständigmachung unmöglich geworden. Von der Versammlungsleitung nach der Adresse des reichen Bäckergehilfen fragend, konnte er nichts erwidern und erlitt somit eine schändliche Niederlage. Kollege Fiedler als nächstfolgender Redner ging mit seinem Vordredner, soweit er dessen Ausführungen gehört hatte, scharf ins Gericht und machte noch einige Ausführungen zum Referat selbst. Nun folgte Strizinger, welcher sich in gelber Positur gefiel und zunächst betonte, daß die Polizeimannschaft sehr rege Backstufenkontrolle vornehme. Vergessen hat er allerdings zu sagen, daß die Revision erst durch die Verbandsleitung beantragt werden mußte. Strizinger sagte, er übe Selbstkontrolle, und wenn nach Beendigung der Arbeitszeit sein Arbeitgeber noch mit irgendwelcher Arbeit an ihn herantrete, so würde er diesen ganz energisch zurückweisen. Schreiber dieses kann aber von dem Betriebe, in welchem Strizinger tätig ist, mitteilen, daß gerade über diesen Betrieb Klage geführt wurde über vierzehnstündige Arbeitszeit. Für die zweiundzwanzigstündige Ruhezeit legte er sich ins Zeug, und wenn es noch mehr geschieht, es wird für den gelben Bund nur eine Forderung auf dem Papier sein. Bis heute hat noch kein „Meistertrouer“ von seinem Arbeitgeber diese Ruhezeit gewährt bekommen. Weiß denn Strizinger noch nichts davon, wie elendiglich der Bundespräsident auf dem Zentralverbandstage der Bäckermeister in Stuttgart mit seiner Forderung abgewimmelt wurde? Mit einem Hoch auf den Bund, in welches nur ein paar Männer einstimmen, endete er. Die große Masse beantwortete sein Geschwafel mit Pfuirufen. Da Strizinger auch Vergleiche mit andern Berufen zog, damit aber vollständig daneben heute, so machte Genosse Leppert, Buchdrucker, einige Ausführungen. Dieses paßte dem Strizinger nicht in den Kram, und er ergriff mit seinen Mannen das Gasenpanier. Strizinger wollte die Rede des Genossen Leppert verhindern, hat aber dabei ganz ungeschickt operiert. Wer reden soll, darüber bestimmt immer noch die Versammlungsleitung. Daß es beim Abzug der Gelben zu einer Kontroverse kam, daran ist Strizinger ganz allein schuld. Hätte er auf seine halbstündigen Anzupfungen das Schlusswort abgewartet, dann wäre der Zwischenfall vermieden worden. Strizinger hat ja sofort ein Verfahren durch die Polizei einleiten lassen. Mit Seelenruhe sehen wir dem entgegen. Durch eine große Anzahl Zeugen wird bestätigt, daß Kollege Gaud-Strasbourg nicht Angreifer, sondern Abwehler war. Wäre Gaud nicht eingesperrt, dann hätte sich Strizinger bedauerlicherweise auf eine Tracht Prügel gefaßt machen können. Nachdem die Versammlungsruhe wieder hergestellt worden war und die Gelben die Versammlung verlassen hatten, konnte Buchdrucker Leppert weitere Ausführungen machen. Leppert betonte unter anderem, daß er noch keine Versammlung besucht habe, wo ein derartiger Stumpfsinn entwickelt wurde, wie es heute durch die Redner des gelben Bundes geschehen sei. Auch er ermächtete alle Kollegen, tüchtig zu agitieren und sich nicht in Vergnügungssucht zu gefallen. Nach einem kräftigen Schlusswort und dem Gewinn einiger Neuaufnahmen hatte die Versammlung 6 1/2 Uhr ihr Ende erreicht.

München. Die hiesigen Mitglieder der Dresdner Hilfskassa haben am Mittwoch, 12. Juni d. J., einstimmig beschlossen, die Zahlstelle aufzulösen und der von der Organisation errichteten Klasse A M 1 beizutreten. Damit verliert die kurzfristige Klassenleitung neuerdings mit einem Schlage circa 100 Mitglieder.

Benig i. S. Am Orte haben wir einige Mitglieder; unter andern arbeitet ein Kollege in der Mühle. Eines Abends sitzt der Chef in seiner Kneipe und ein Gast sagt zu ihm: „Morgen kommt der Verbandsvertreter und will Ihre Bäckerei besichtigen; die Gefellenschafstube ist ja auch nicht vorchriftsmäßig!“ Der Alte kommt darauf früh nach Hause und sagt zum Gefellen: „Wenn der Verbandsvertreter kommt, schmeißen Sie ihn auf meine Verantwortung raus!“ Dann weckt er die Frauen, die die Schlafstube des Gefellen scheuern müssen. Das Bett wird neu überzogen, Tisch, Stuhl und Schrank kommen in den Raum, Waschgeschir mit Ständer, Wassertrappe, Glas — alles findet sich ein und kurz und gut, der Kollege hat im Nu ein gut möbliertes Zimmer! Warum denn vorher nicht?

Stettin. Eine öffentliche Versammlung fand hier am 11. Juni im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Gschöld

referierte über: „Die Lohnbewegungen im Bäckerberufe und welche Lehren ziehen die Stettiner Kollegen daraus?“ Wenn es bisher geschehen hatte, als ob die Stettiner Pioniere es wieder erleben sollten, daß ihre eifrige Agitation im letzten Jahre keine Früchte gezeitigt hätte, so brachte diese Versammlung den erfreulichsten Gegenbeweis. Kolonnenweise kam die junge Garde anmarschiert, so daß der große Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz besetzt war. Den ersten Augenblick dachte man an eine Ueberrumpelung; denn auch der Fahnenträger der Freien Vereinigung mit seinen „Jungfern“ erschien auf der Bildfläche. Aber überall frohe Kampfesstimmung! „Abrechnung wollen wir heute halten!“ hieß es in den Reihen der Kollegen. Alles drängte zur Eröffnung der Versammlung und Kollege Eggert mußte auch noch vor der festgesetzten Zeit beginnen. Gschöld schilderte in seinem andertalbstündigen Vortrage die Kämpfe und Lohnbewegungen des Verbandes und geißelte in scharfen Worten das verräterische Treiben der Gelben und den Terrorismus der Innungshelben gegen ihre eigenen Kollegen. Aber dadurch werde sich der Verband von seinem vorgeschriebenen Wege auch in Stettin nicht abbringen lassen und trotz des verräterischen Treibens der Gelben und trotz des Terrorismus der Innung und des Polizeiknüppels werde die Organisation nicht eher ruhen und rasten, bis die sechstägige Arbeitswoche auf der ganzen Linie errungen ist. Gschöld fand reichen Beifall und fast alle Kollegen außer den Arbeitslosen ließen sich in den Verband aufnehmen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Bis in die späten Abendstunden hörte man die Kollegen über ihr trauriges Gundeleben diskutieren und alle waren sich darüber einig, was man in die Worte des Dichters zusammenschaffen kann:

Kein Himmel kann das Heil uns senden,
Es kommt aus keines Gottes Schoß;
Der Mensch, er muß mit eignen Händen
Erkämpfen sich sein irdisch' Loß.

Vegefall-Blumenthal. Die Blumenthaler Bäckergehilfen hatten am 6. Juni Gefellenausschuhwahl, womit die hiesige Verbandszahlstelle schon lange gerechnet hatte. Bis jetzt hatten die Gelben drei ihrer Mitglieder im Ausschusse und wir gleichfalls drei. Aber heute liegt es anders. Wir haben mit aller Energie gearbeitet, bis schließlich der Tag kam. Und der Erfolg blieb nicht aus. Sämtliche gewählten Kollegen gehören nun dem Verbands an, und die Stimmenabgabe schwankt zwischen 14 und 20, während die Gelben nur 2 erhielten. Darin zeigt sich am besten, wie gewissenhaft die kleine Zahlstelle Blumenthal die Aufklärungsarbeit verrichtet hat.

Fabrikbranche.

Nürnberg. Die gute Organisation in der Nürnberger Bekleiden-Industrie ist schon seit Jahren gewissen Elementen, welche ohne dieselbe besser ihr Unwesen treiben könnten, ein Dorn im Auge. So hat es ja bekanntlich der christliche Müller mit einem offenen Verleumdungsfeldzug probiert, dabei aber schmähschlich Fiasko gemacht. Nun darf aber nicht übersehen werden, daß in einzelnen Betrieben Leute tätig sind, so unter der Hand mit allen nur erdenklichen Mitteln die Organisation zu bekämpfen und für alle möglichen Vereinen Propaganda zu machen. Sonderbarerweise erfreuen sich diese Leute einer ganz besonderen Nachsicht von seiten der Vorgesetzten und auch der Arbeitgeber. Daß dies kein Zufall ist, ist wohl klar. Diese Elemente sind in der Regel die Zuträger, ja manchmal auch Spitzel und deshalb gern gesehen. So mancher Kollege wurde trotz eifrigster Pflichterfüllung auf diese Weise schon aus den Betrieben entfernt. Natürlich erfreuen sich diese edlen Seelen der besonderen — Achtung der übrigen Kollegenschaft. Ein besonders bekannter Auchkollege nach dieser Richtung ist der frühere Chinakrieger Nusselt, ein besonders geschätzer und privilegierter Herr, dem erlaubt ist oder der wenigstens machen kann, was jedem andern verboten ist, der, wenn es ihm beliebt, die Arbeit verläßt, sich wäscht, die Garderobe aufsucht, in allen Räumen herumhantieren kann und von jedem als Zuträger betrachtet wird. Auch in der Öffentlichkeit ist der tapfere Krieger bekannt, prangt sein Name doch schon mehrmals auf der gelben Hirsch-Duncker'schen Liste der Gewerbegerichtsbesitzer usw. Doch „mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten“, so ging es auch unsern Chinahelben. Er hatte nämlich das Mißgeschick, daß sich in seine Taschen eine Anzahl so recht delikater echter Nürnberger Bekleiden verirrten. Eine fatale Geschichte. Die Hausmeister verschiedener Grade und sonstige Autoritäten mußten nichts, sahen nichts, hörten nichts. Und doch war es so. Sieht man sonst ein jedes bißchen, funktioniert sonst der Apparat so außerordentlich gut, so klappte die Geschichte diesmal gar nicht recht. Ein Verurtheiltes war aber nicht mehr möglich und Strafe in Form eines Verweises nicht zu umgehen. So ist einmal einem von jenen, bei denen man doch am liebsten derartiges nicht sieht — die Hauptsache ist doch ihr sonstiges „wertvolles“ Wirken — auch für seine stille Tätigkeit die Anerkennung nicht verjagt worden. Für uns aber muß das eine gelten: wir wollen treu und ehrlich kämpfen um Verbesserung unserer Lage und wollen uns durchaus nicht stören lassen von Leuten, die davon persönlichen Nutzen ziehen wollen, wenn sie sich uns entgegenstemmen. Wir gehen über sie hinweg. Mögen sich die Unternehmer ihrer treuen Knechte freuen.

Seefahrende.

Hamburg-Altona. Am 12. Juni fand wiederum eine gemeinschaftliche Versammlung sämtlicher zum Küchenpersonal zählenden Bäcker, Konditoren, Schlachter sowie Bäcker- und Schlachterschmaate statt. Schulze gab einen ausführlichen Bericht über die vorherige Versammlung vom 5. Juni betreffs Agitation und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Lokal überfüllt sei; das sei ein gutes Zeichen und mache die Versammlung gerade am interessantesten. Er hofft, daß durch die Zugabe der Schlachter zu den Versammlungen es immer so sein werde. Weinberg (Schlachter) war der Meinung, daß, wenn die Agitation so weiter betrieben werde wie jetzt, die Versammlungen auch immer gefüllt sein werden. Eventuell müßten die Schlachter einen Tag früher oder später ihre Versammlung abhalten; vorläufig möchte er aber hiervon Abstand nehmen. Alsdann wurde von einigen Kollegen das Geschäftsgebaren einiger Feuerbase scharf

kritisiert. Ein Kollege führte Beschwerde darüber, daß bei der Hamburg-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft die Kochsmaaten ihre Zulage noch nicht erhalten hätten. Vom Kollegen Deis wurde dies jedoch widerlegt. Auch über die Kosmos-Linie wurde Beschwerde geführt, weil die Bäcker dort noch wie früher nur M 70 erhalten. Weinberg forderte die anwesenden Schlachter auf, an Bord dafür zu sorgen, daß die nichtorganisierten Bäcker und Konditoren in die Versammlung kommen und ihnen die „Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ zugestellt wird. Die Zahl der von ihm bis jetzt gemachten Aufnahmen betrage 60 bis 70 Schlachter und Kochsmaate. Schulze stellte den Antrag, ein gemeinsames Flugblatt für Bäcker, Konditoren und Schlachter sowie für Bäcker- und Schlachter-Kochsmaate auszugeben. Dies wurde einstimmig gutgeheißen.

Aus Unternehmerrreisen.

Bäckerei.

Der fünfte Verbandstag der württembergischen Bäckerinnungen fand am 10. und 11. Juni in Wöhringen statt. Auf der Tagesordnung standen 15 Punkte, die in fünf Stunden „erledigt“ wurden. Die übrige Zeit wurde, wie üblich, mit Essen, Trinken, Ausflügen und dergleichen ausgefüllt. Es lohnt sich nicht, ausführlich auf Einzelheiten einzugehen. Im allgemeinen standen die Verhandlungen auf einem trostlos tiefen Niveau. Die Gesehichte nahm einen größeren Zeitraum in Anspruch. Dabei fehlte es nicht an zahlreichen Zusammenstößen, die ihre Ursache in der Person und Taktik des großen Strategen Kälberer haben. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß ein großer Teil der Delegierten Lust hatte, Kälberer abzusagen. Einstweilen begnügte man sich damit, dem Sekretär des Herrn Kälberer eins auszuweichen, weil er sich erlaubt hatte, einige Obermeister abzurüffeln. Eine Resolution wurde angenommen, in welcher gegen das Verhalten des Sekretärs Dorn protestiert wird. Der „junge Mann“ ließ außer acht, daß die Herren Bäckermeister diejenigen als Untergebene betrachten, die in ihrem Solde stehen. Man wird allenfalls als Tinentuli gebildet, darf die Verantwortung tragen, aber zu sagen hat man nichts. Es schadet aber nichts, wenn die Innungssekretäre am eigenen Leibe einmal die Prozigkeit ihrer Arbeitgeber zu fühlen bekommen; vielleicht ziehen sie die Nuhanwendung daraus.

Der Verbandstag beschäftigte sich in der altbekannten Weise und mit dem nötigen Aufwand von Kraftausbrüchen mit den Konsumvereinen, die man mittels Rabattvereine vernichten will. Gegen die bevorstehende gesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe (Verkaufszeit) wurde in gewohnter Weise losgezogen, und selbstredend auch gegen die Schädigung des Bäckerberufes durch Wohlthun und Terrorismus der Sozialdemokratie. Zu letzterem Punkt referierte Herr Obermeister Bayer-Spöhringen. Der Referent beschränkte sich in seinem durch Sachkenntnis nicht getriebenen Gallimathias auf seine Ergebnisse im vorigen Jahre in Spöhringen. Große Gesichtspunkte brachte der Redner nicht — woher hätte er sie auch bringen sollen! Uns wird auch diese Rede, wie viele vor und nach ihr, kalt lassen. Wir werden trotz des Geheul's unserer Gegner weiter arbeiten an der Organisation der Bäckergehilfenschaft. Als Kuriosum sei noch mitgeteilt, daß eine zu Pfingsten in München stattgefundene christliche Bäckerkonferenz auf Antrag des Bäckermeisters Lieb-Stuttgart beschloß, einen Fonds zu errichten, zur Anstellung eines Berufscollegen als Agitator für die christliche Bäckerbewegung in Süddeutschland. Dies ist deshalb interessant, weil seither die Meister nicht genug schimpfen konnten über die Angeestellten unseres Verbandes, die sich von Arbeitergroßherren mähten. Herr Lieb, der noch vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Anlaß den christlichen Bäckergefelln den Rat gab, sie sollten täglich knien ihre Gebete im Abort verrichten, weil sonst kein geeigneter Raum da sei, scheint nun zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß das Beten allein nicht mehr hilft, sondern daß zur Verkleinerung der Hirne ein christlicher Bäckersekretär nötig ist. Den Zug der Zeit wird aber weder Herr Lieb noch Herr Bayer aufhalten.

Polizei und Gerichte.

Zu der Beleidigungsklage Pietzschmann gegen Barth ersucht uns ersterer um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

In Nr. 24 ihrer Zeitung vom 13. Juni 1912 berichten Sie unter „Polizei und Gerichte“ über die Vergleichsverhandlungen in der Beleidigungsklage Pietzschmann gegen Barth den Tatsachen nicht entsprechend, so daß es den Anschein erweckt, als sei ich nur der Unreger des Vergleichs gewesen. Das ist nicht wahr, sondern richtig ist, daß ich mich als Privatkläger erst mit dem Vergleich einverstanden erklärte, nachdem der Angeklagte Barth sich bereit erklärte, mir die von meinem Rechtsbeistand vorgeschriebene Ehrenerklärung zu geben und sich weiter gerichtlich verpflichtete, den Vergleich der Redaktion dieser Zeitung zum Abdruck zu übersenden, worüber mir auch die gerichtliche Ausfertigung ausgehändigt wurde.

Wenn auch ich mich bereit erklärte, dem Kollegen Barth eine diesbezügliche Erklärung zu geben und auf den Vergleich einzugehen, geschah es lediglich im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung, nicht aber wegen etwaiger Internas, denn solche hatte die Krankenkasse nicht zu befürchten. Jedenfalls wäre das Vorgehen der Organisation gegen die Hilfsklasse von der Öffentlichkeit nicht gut beurteilt worden.

Auch sei hiermit noch richtig gestellt, daß ich auf Vermittlung des hiesigen Gewerkschaftsstarkeis mich noch bereit erklärt hatte, das Arbeiterschiedsgericht anzuerkennen und den angeetzten Gerichtstermin zu vertagen, was aber von dem Gegner abgelehnt wurde.

Karl Pietzschmann, Dresden.

Kollege Pietzschmann hätte gar nicht erst zu berichtigen brauchen, daß er in der vorliegenden Sache zu keiner Einigung geneigt war. Es ist nachgerade in den Kollegenkreisen bekannt genug, daß er es war, der zum bürgerlichen Gerichte lief, um dort Differenzen erledigen zu lassen, die vor das Forum der eigenen Instanzen der organisierten

Arbeiter gehören. Das Arbeiterschiedsgericht hat er nur nach energischen wiederholten Vorstellungen und erst dann anerkannt, als der Gerichtstermin nicht mehr gut umgangen werden konnte.

Internationales.

Der Kampf in Schweden steht noch genau so, wie im letzten Bericht geschildert. Einzelne Arbeitgeber in den verschiedenen Städten haben sich mit der Gewerkschaft geeinigt, aber der Arbeitgeberschutzverband macht noch keine Anstalten zu Verhandlungen. **Zuzug nach Schweden ist auch ferner streng fernzuhalten!**

Das Internationale Sekretariat hat durch folgendes Zirkular die Bruderverbände des Auslandes zur Unterstützung des schwedischen Kampfes aufgerufen:

Hamburg, den 21. Juni 1912.

An die Vorstände der Verbände der Bäcker und Konditoren (Zuckerbäcker)!

Werte Kollegen und Genossen! Seit dem 1. Juni befinden sich die Bäckereiarbeiter von Schweden im Streik oder in der Aussperrung. Der Stand des Kampfes ist heute folgender:

Von 3050 Mitgliedern des Verbandes der Bäcker und Konditoren Schwedens sind 1982 ausgesperrt oder stehen im Streik; 1068 Mitglieder arbeiten in geregelten Betrieben. Zur Unterstützung der Aussperrten und Streikenden werden jede Woche rund 24000 Kronen gebraucht. Von dieser Summe werden wöchentlich 2150 Kronen durch Extrabeiträge der arbeitenden Kollegen aufgebracht, 10000 Kronen erhält wöchentlich der schwedische Bruderverband von den vereinigten Fachverbänden des Landes, bleiben noch rund 19000 Kronen, welche durch internationale Hilfe der dem Internationalen Sekretariat der Bäcker und Konditoren angeschlossenen Zentralverbände aufgebracht werden müssen. Das sind nach deutscher Währung rund M. 13500.

Die Verbände, welche dem Internationalen Sekretariat angeschlossen sind, haben einschließlich Schweden nach den für 1911 abgelieferten Beiträgen 63 187 Mitglieder, abzüglich Schweden 60 137 Mitglieder.

Es kommen also auf 1000 Mitglieder M. 225 Unterstützung, welche jede Woche für Schweden aufzubringen sind.

Aus der beiliegenden Liste ersieht Ihr, was die einzelnen Verbände zu leisten haben, und ersuche ich, daß in Eurem Vorstände recht schnell darüber beschlossen wird.

Der Deutsche Verband hat in Anbetracht des Umstandes, daß dem schwedischen Bruderverbande infolge der langwierigen Kämpfe früherer Jahre die Geldmittel zur Auszahlung der Unterstützung fehlten, diesem Verbande schon am 15. Juni M. 10 000 zur Auszahlung der Unterstützung als Darlehen gesandt; morgen, den 22. Juni, sendet der Deutsche Verband abermals M. 10 000 dahin. Ihr seht daraus, daß es Ehrenpflicht der angeschlossenen Verbände ist, schnell zu helfen.

Der Kampf in Schweden ist von größter Bedeutung für die Bäcker und Konditoren aller Länder! Ein Sieg unserer Kollegen in Schweden ist ein Sieg der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter aller Länder! Deshalb ersuche ich dringend, die Solidarität und Unterstützung nicht zu versagen, und jeder Verband erfülle seine Pflicht!

Die Aufbringung der Unterstützungsgelder verteilt sich folgendermaßen:

Verband	Mitgliederzahl nach den Beiträgen des Jahres 1911	Pro Woche sind aufzubringen M.
Deutschland	26000	5850
Amerika	15000	3375
Oesterreich (Bäcker)	8000	1800
„ (Zuckerbäcker)	1000	225
Dänemark (Bäcker)	2000	450
„ (Zuckerbäcker)	309	70
Norwegen	1025	230
Holland	1700	383
Schweiz	566	127
Frankreich	600	135
Ungarn (Bäcker)	2560	575
„ (Zuckerbäcker)	105	25
Bosnien	753	170
Kroatien	279	70
Serbien	250	60
Insgesamt	60137	13545
Außerdem Schweden	3050	—

Das Internationale Sekretariat appelliert an die Vorstände aller Verbände, daß dieselben prompt ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Unterstützung ist jede Woche an die Adresse **O. Allmann, Hamburg I, Besenbinderhof 57**, einzusenden, und zwar zunächst auf die Dauer von drei Wochen, wenn nicht eine Aufforderung zu weiterer Unterstützung kommt.

Die Verbände in Italien und Belgien sind dem Internationalen Sekretariat noch nicht angeschlossen, ebenfalls nicht der Verband in England. Wir appellieren auch an die Solidarität dieser Verbände, mit dazu beitragen zu wollen, daß unsere streikenden und ausgesperrten Kollegen in Schweden den Sieg in ihrem Kampfe erringen!

Kollegen und Genossen! Handelt schnell und bezeugt den kämpfenden Kollegen in Schweden die schuldige Solidarität!

Mit Brudergruß

Internationales Sekretariat für Bäcker und Konditoren.

O. Allmann.

Verbandstag des Verbandes der Bäcker und Konditoren Norwegens in Trondhjem.

Unsere norwegischen Kollegen hielten in den Tagen vom 5. bis 9. Juni dieses Jahres in Trondhjem ihre elfte Landesversammlung ab. Der norwegische Bruderverband war am Eröffnungstage gleichzeitig in der Lage, das zwanzigjährige Bestehen seiner Organisation zu begehen, was der Tagung selbst ein besonderes Gepräge verlieh. Auf dem Verbandstage waren vertreten 40 Abteilungen des Verbandes durch 40 Delegierte; ausserdem war der Verbandsvorstand und Ausschuss zusammen durch neun seiner Mitglieder vertreten. Die Landesorganisation der Gewerkschaften Norwegens hatte ihren Sekretär, den Genossen Swerre Iversen, entsandt, der schwedische Bruderverband seinen Hauptkassierer Lagergren, und den Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands sowie das Internationale Sekretariat vertrat der Kollege Kahl-Hamburg. Letzterer benutzte die Hinreise zu der Tagung, um in einer Versammlung in Stockholm, in welcher über die weitere Fortführung des Lohnkampfes beschlossen werden sollte, zu sprechen. Seine Ausführungen wurden durch einen Mitarbeiter unseres schwedischen Bruderblattes, Herrn Smith, übersetzt. Auf der Rückreise sprach Kahl dann in einer Versammlung der mittlerweile ausgesperrten Kollegen in Stockholm.

Die Generalversammlung der norwegischen Kollegen wurde am 5. Juni, mittags 12 Uhr, eröffnet. Nach erfolgten Begrüßungsansprachen seines Vorsitzenden Nygaard, des Landessekretärs Iversen und der Vertreter Schwedens und Deutschlands wurde die entgeltliche Tagesordnung festgesetzt. Hierauf erfolgte die Beratung der Geschäftsordnung für den Verbandstag sowie die Wahl der Leitung desselben. Der Verbandstag vertagte sich hierauf, um am Abend an einer Jubiläumsfeier aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens teilzunehmen. Am folgenden Tage wurde dann vorerst der Kassenbericht durch den Vorsitzenden Nygaard erstattet. Derselbe weist für die vierjährige Geschäftsperiode in allen seinen Teilen einen erfreulichen Aufschwung des Organisationslebens auf. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit dem letzten Verbandstage 1908 von 591 gesteigert bis auf 1150. Das Vermögen sämtlicher der Organisation unterstellter Kassen betrug 1908 Kr. 4560, am 31. März 1912 Kr. 20306. Aber auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder hat der Verband in der letzten Geschäftsperiode gute Erfolge gehabt. Während der Verband im Jahre 1908 nur fünf abgeschlossene Tarifverträge aufweisen konnte, war er in der Lage, auf der diesjährigen Landesversammlung mitzuteilen, daß 29 Tarifabschlüsse für 1420 Arbeiter bestehen. In diesen Verträgen wurde eine wesentliche Erhöhung des Mindestlohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung von Sommerferien erreicht. Der Verbandstag konnte sich im großen und ganzen mit der Tätigkeit des Vorstandes in der letzt verfloßenen Geschäftsperiode einverstanden erklären.

Einen der wichtigsten, aber auch der meistumstrittensten Punkte der Tagesordnung bildete der weitere Ausbau des Arbeiterschutzes für die Bäckereiarbeiter Norwegens. Anträge, die darauf abzielen, verlangen bei zukünftigen Bewegungen als Grundforderung eine sechsendenfstündige Arbeitszeit (heute noch 63 bis 68 Stunden in den einzelnen Orten des Landes) sowie die vollständige Beseitigung der Nacharbeit. Die Mehrzahl der Delegierten stand auf dem Standpunkt, unter allen Umständen einen derartigen Arbeiterschutz durch das Parlament herbeigeführt zu wissen. Man befürchtete für diesen Fall, daß dann eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Organisation eintreten werde, wie man das bei der teilweisen Abschaffung der Nacharbeit durch das Gesetz vom 24. April 1906 erlebt habe. Nachdem fast der Redekampf einen ganzen Tag in dieser Frage getobt, und sich auch der Landessekretär der Gewerkschaften und unser Vertreter dazu äußerten, beschloß man, bei allen Forderungen durch die Organisation eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden anzustreben, ebenso die vollständige Beseitigung der Nacharbeit. Nebenher soll durch die sozialdemokratische Fraktion im Parlament versucht werden, anlehnend an die Beschlüsse des internationalen Bäckerkongresses in Kopenhagen, vom Parlament ein Gesetz auf Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der Nacharbeit zu erlangen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung behandelte die zukünftigen Lohnbewegungen. Hierzu lagen bestimmte Vorschläge vor, was in den Forderungen enthalten sein soll, als da sind: Die Festsetzung der Wochenlöhne und der Tagelöhne bei tageweiser Beschäftigung, Ausbezahlung des Lohnes am Freitag der Woche, die vollständige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, Gewährung von Ferien. Des weiteren soll die Freigabe des 1. Mai ab mittags 12 Uhr gefordert werden, eine Lehrlingskala, und vor allen Dingen sei eine zusammenhängende Arbeitszeit anzustreben. Für ältere selbständige Arbeiter soll entsprechend bessere Bezahlung gefordert werden. Für die Konditoren ist ebenfalls auf Verkürzung der Arbeitszeit sowie vollständige Beseitigung der Nacharbeit hinzuwirken. Die Dauer abzuschließender Verträge soll zwei Jahre nicht übersteigen, im Höchstfall drei Jahre. Die Satzungen wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen. Als vollständig unerreichbar wurde auf Anraten unseres Vertreters sowie des Landessekretärs die Forderung fallengelassen, daß nur organisierte Arbeiter in den Betrieben zu beschäftigen seien.

Bei der Beratung der internationalen Gegenseitigkeit in punkto Gewährung der Arbeitslosenunterstützung wünschten eine ganze Anzahl Vertreter, Deutschland und Oesterreich vollständig aus der Gegenseitigkeit, die bisher bestand, auszuschneiden; als Ursache wurden die heute noch schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Ländern ins Feld geführt. Nach Klarlegung der Dinge durch unsern Vertreter ist es beim bisherigen Verhältnis verblieben, und zwar wurde dies mit 20 gegen 15 Stimmen beschlossen. Der Verbandsvorstand wurde jedoch beauftragt, mit Dänemark eine anderweitige

Regelung der Auszahlung der Unterstützung an deren Mitglieder herbeizuführen. Bei dem Punkt Fachblatt wurde allseitig eine weitere Ausgestaltung des Blattes gewünscht, dahingehend, daß sich dasselbe mehr Tages- und wirtschaftlichen Fragen zuwenden möge. Es wurden bei späterer Gelegenheit im Anbetracht dessen auch grössere Mittel als bisher für das Blatt zur Verfügung gestellt. Ein öfteres Erscheinen des Blattes hingegen wurde abgelehnt.

Aus der Statutenberatung ist besonders hervorzuheben, das der Beitrag für die sogenannten Kontingentsbeiträge von 60 auf 65 Oere pro Woche erhöht wurden. Von diesen Beiträgen erhalten die Arbeitslosenkassen 20 Oere, 8 Oere die Siechenkassen, 20 Oere gehen an die Streikkassen, 10 Oere erhalten die Administrationskassen, 2 Oere der Tuberkulosenfonds und den Rest von 5 Oere erhalten die Abteilungen als Delegiertenfonds zu den Verbandstagen. Ein Antrag, Arbeitgebern in Zukunft die Mitgliedschaft in der Organisation nicht mehr zu gestatten, wurde mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Mitglieder, welche gezwungen sind, aus dem Berufe auszuschneiden, steht auch fernerhin das Recht zu, in der Organisation zu verbleiben. Alle vorliegenden Anträge, eine Klassifizierung der Arbeitslosenunterstützung herbeizuführen, wurden mit 26 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die Gewährung derselben erfolgt nach folgenden Sätzen in der Folgezeit: 60 Tage (10 Wochen) lang pro Mitglied die Woche 12 Kronen. Für die bestehenden Versicherungskassen hingegen wurde ein vollständig klassifiziertes Reglement nach Dauer der Mitgliedschaft und der geleisteten Beiträge angenommen.

Der Verbandstag hatte sich dann noch mit der Frage der Errichtung eines Industrieverbandes zu beschäftigen. In Anbetracht dessen, daß die nächste Landesversammlung der norwegischen Gewerkschaften sich selbst eingehend mit dieser Frage zu befassen hat, konnte ein direkt bindender Beschluß nicht gefaßt werden. Der Verbandstag beschloß aber einstimmig, daß er im Prinzip für Errichtung eines Industrieverbandes sei, und ermächtigt den Vorstand, diesbezügliche Anbahnungsversuche mit den Schlichtern und Arbeitern der Nahrungsmittelbetriebe zu unternehmen. Der nächste Verbandstag wird sich dann weiter mit der Frage zu beschäftigen haben.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Nygaard; die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft für das Hauptbureau wurde abgelehnt, hingegen wurde der den Posten im Nebenamt bekleidende Sekretär Schou wiedergewählt. Der Hauptvorstand selbst setzt sich nunmehr zusammen nur aus Mitgliedern, die am Sitze des Verbandes, der in Kristiania verbleibt, wohnhaft sind; bisher bestand derselbe auch aus Mitgliedern, die in andern Orten des Landes ihren Wohnsitz hatten. Der nächste Verbandstag findet 1915 in Kristiania statt, also nunmehr alle drei Jahre, nicht wie bisher alle vier Jahre. In Anbetracht dessen, daß der Verbandstag seinem neugewählten Vorstand mit auf den Weg gegeben hat, eine noch planmäßigere Agitation als bisher über das ganze Land in die Wege zu leiten, darf wohl erwartet werden, daß, wenn unsere norwegischen Kollegen zu ihrer nächsten Tagung zusammenkommen, sie wiederum ein wesentliches Stück weitergekommen sein werden.

Die Ablehnung der Bäckergesetzvorlage im holländischen Parlament.

Die holländischen Kollegen sind wieder einmal getäuscht worden! Die nach Pfingsten erfolgte zweite Abstimmung über den Entwurf des Gesetzes für Abschaffung der Nacharbeit hatte zum Resultat, daß mit 42 gegen 49 Stimmen das Gesetz abgelehnt worden ist.

Wir vermuteten schon im voraus, daß, wenn dieses Gesetz den Senat (erste Kammer) erreicht hätte, dieser es ohne weiteres ablehnen werde, aber so weit brauchte es nicht zu kommen; denn die Herren der zweiten Kammer haben selbst für die Bestattung Sorge getragen.

Unter den Gehilfen hat diese Nachricht eine große Erbitterung erweckt und auch die organisierte Arbeiterschaft vernahm diese reaktionäre Tat mit Entrüstung. Obwohl der Entwurf weit hinter dem zurück blieb, was man sich wünschte, so hätte seine Annahme doch eine bedeutende Veränderung im Los der Bäckereiarbeiter gebracht, und die Organisation hätte auf eigene Hand weiter über ihre Interessen wachen können.

Die bürgerlichen Parteien haben aber die Verbesserung nicht gewollt, sie fürchteten sich vor Kapitalverlust, wenn der Meister ferner statt 24 Stunden nur noch 16 Stunden die Peitsche der Ausbeutung handhaben könnte.

Die Organisation bereitet jetzt große Protestversammlungen vor, wobei sie kräftig von der sozialdemokratischen Partei und der Fachbewegung unterstützt wird. Die Täuschung hat also auch ihre gute Seite. Viele unorganisierte Kollegen empfinden jetzt mehr als je, daß nur durch eigene Kraft eine Verbesserung ihrer Lage erreicht werden kann. Was die Gesetzgebung hartnäckig verweigert, wird nun durch Vermittlung der Organisation erobert werden müssen und erobert werden! Bereits sind Vorbereitungen für eine Bewegung in verschiedenen Städten im Gange, wobei vor allem für verkürzte Arbeitszeit gekämpft werden wird. Diese traurige Regierungstat wird also für die Arbeiter die beste Wirkung haben.

B. R o e g.

Gewerkschaftliche Rundschau.

k. Der achtzehnte Delegiertentag des Branereit- und Mühlenarbeiterverbandes tagte vom 11. bis 15. Juni in Mannheim. Er war von 68 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern und je einem Vertreter der Redaktion und des Ausschusses besetzt. Als Gäste waren Vertreter der Bruderorganisationen von Amerika, Oesterreich, der Schweiz und der Niederlande anwesend. Bei Eröffnung des Geschäftsbereichs konnte der Verbandsvorsitzende G e l - Berlin mit Freuden konstatieren, daß der Verband heute 50 000 Mitglieder zähle, gegenüber 33 897 bei Beginn der Geschäftsperiode. Durch

die Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern sei die Agitation außerordentlich befruchtet worden. Ausführlich besprach Ebel die Grenzstreitigkeiten, die auch bei den Brauereiarbeitern sehr zahlreich sind. Diese stehen (wie die Gemeindeglieder) auf dem Standpunkt der Betriebsorganisation, während die übrigen Organisationen an der Berufs- bzw. Industrieorganisation festhalten. Ebel betonte, der Verband müsse der Auslegung der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses durch die Vorstandskonferenz Rechnung tragen. Sie hätten sich dem Zwange gefügt, aber ohne ihre Ueberzeugung aufzugeben. Mit mehreren Organisationen hat der Verband Kartellverträge abgeschlossen. Unmöglich sei es gewesen, mit den Transportarbeitern eine Verständigung zu erzielen. — Aus dem Bericht des Ausschusses war zu ersehen, daß es in der Verichtszeit zu Differenzen mit dem Vorstand über die Kompetenzen des Ausschusses kam. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß er auch bei der Anstellung von Lokalbeamten mitzuwirken habe, während der Vorstand auf dem Standpunkt steht, daß dies lediglich Sache des Vorstandes und der Zahlstellen ist. Der Verbandstag setzte zur Entscheidung über diese Frage eine Kommission ein, und die entschied im Sinne des Vorstandes. Der Verbandstag schloß sich später diesem Entschiede an.

In der Debatte über den Geschäftsbericht wurde der Tätigkeit des Vorstandes Anerkennung gezollt. Den breitesten Raum in den Erörterungen nahm die Behandlung der Grenzstreitigkeitsfrage ein, die in allen Variationen erörtert wurde. Die Klagen richteten sich gegen die Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer und Fabrikarbeiter. Den Fabrikarbeitern habe man in dem Kartellvertrag Sonderrechte eingeräumt. — Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

In geschlossenen Sitzungen nahm dann der Verbandstag den Geschäftsbericht über die Gesellschaftsbrauerei zu Augsburg und ein Referat von Ebel-Berlin über „Richtlinien für Lohnbewegungen und Kämpfe“ entgegen. Am vierten Verhandlungstage referierte Baccert-Berlin über die Erfordernisse und Praxis der Verwaltungsarbeit. Seine Ausführungen berührten meist Fragen interner Natur, die kein Allgemeininteresse haben. Er besprach kritisch die Geschäftsführung der Verwaltungsstellen und gab hierfür Winke und Ratsschläge. Der Verbandstag trat dann in die Statutenberatung ein. Zunächst wurde die Beitragsfrage erörtert. Man einigte sich in diesem Punkte auf einen Antrag, wonach die Beiträge und Unterstellungen unverändert bleiben. Der Vorstand wurde beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zu unterbreiten, die das Beitrags- und Unterstellungswesen in dem Sinne neu regelt, daß eine wesentliche Stärkung der Hauptkasse damit erreicht wird. Zu den Bestimmungen über die Beiträge fand noch ein Antrag des Vorstandes Annahme, daß, wenn zur Unterstützung größerer Streiks und Ausperrungen seitens der Generalkommission nach Zustimmung der Zentralvorstände die Erhebung einer Umlage (an Stelle der bisherigen Sammellisten) angeordnet wird, diese durch Extrabeiträge zu erheben ist. Jedes Mitglied ist zur Leistung solcher Beiträge verpflichtet.

Eine Debatte über die Errichtung von Ferienheimen für die Kollegen riefen Anträge hervor, die verlangten, daß der Verbandstag hierzu Stellung nehmen solle. Der Vorstandsreferent Ebel trat für diese Idee ein. Er bat, diesen Plan dem Vorstand als Anregung zu überweisen. Von andern Rednern wurde auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Gedankens hingewiesen. Sie glauben, daß durch die Schaffung eines Ferienheimes dem Verbandsgrößere Kosten erwachsen und stehen darum der Idee sehr pessimistisch gegenüber. Ein Antrag: „Der Verbandstag stimmt der Errichtung von Ferienheimen zu und beauftragt den Vorstand, dem nächsten Verbandstage diesbezügliches Material zu unterbreiten“, wurde abgelehnt.

Ohne jede Debatte wurde ein Antrag: „Von weiteren Verschmelzungen vorläufig abzusehen“, abgelehnt. Die übrigen Anträge zur Verschmelzungsfrage waren nicht unterstützt, kamen daher nicht zur Beratung und weitere Beschlüsse zu dieser Frage wurden nicht gefaßt.

Im Anschluß an den Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter tagte in Mannheim eine internationale Konferenz der Brauereiarbeiter. Dem internationalen Sekretariat, das seinen Sitz in Deutschland hat, sind folgende Länder angeschlossen: Deutschland, Amerika, Oesterreich, der Schweiz, der Niederlande, Schweden, Norwegen, Frankreich und Dänemark. Auf der Konferenz waren vertreten: Deutschland, Amerika, Oesterreich, der Schweiz und der Niederlande. Die Konferenz nahm zunächst den Bericht des internationalen Sekretärs Ebel-Berlin entgegen, an den sich dann die Berichte der Vertreter der einzelnen Organisationen schloß. Der Sekretär gab ein Bild der Biererzeugung und der Stärkeverhältnisse der Organisationen in den einzelnen Ländern.

Bezüglich der Stärke der Organisationen der in den Brauereien beschäftigten Arbeiter steht Amerika an erster Stelle. Der amerikanische Brauereiarbeiterverband zählt 53 501 Mitglieder. Soweit von den übrigen Ländern bekannt, betrug die Mitgliederzahl Ende 1911: in Deutschland 47 669, Oesterreich 10 329, Schweden 1711 (?), Dänemark 3618, in der Schweiz 400 und den Niederlanden 1028. Das Vermögen der Verbände betrug am 1. Januar 1912: Amerika M. 2 682 700, Deutschland M. 1 168 690, Oesterreich M. 438 852, Schweden M. 175 576, Dänemark M. 225 120, in der Schweiz M. 16 627, in den Niederlanden M. 4581. Ueber Lohnbewegungen berichteten nur wenige Länder. Der Sekretär sprach den Wunsch aus, daß über diese allgemein und insbesondere über die Errungenschaften für die Arbeiter regelmäßig berichtet wird.

Nach Besprechung dieser allgemeinen Punkte setzte die Konferenz internationale Vereinbarungen fest. Ueber die gegenseitige Unterstützung und Uebernahme der Mitglieder wurde bestimmt, daß zugereiste Mitglieder der angeschlossenen Verbände, die sich mit einem gültigen Mitgliedsbuche legitimieren können, bei ihrer Arbeitslosigkeit nach dem Statut desjenigen Verbandes unterstützt werden, in dessen Bereich sie sich zur Zeit befinden. Nach Eintritt in ein festes Arbeitsverhältnis ist das betreffende Mitglied gehalten, zu diesem Verbandsverbande überzutreten und wird dort mit allen Rechten, die es im früheren Verbandsverbande erworben, übernommen.

In den weiteren Vereinbarungen wurde die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen festgesetzt. Bezüglich des internationalen Sekretariats wurde bestimmt,

daß dieses aus je einem Mitgliede der angeschlossenen Verbände besteht. Als internationaler Sekretär wurde wiederum Ebel-Berlin gewählt. Zur Befreiung der notwendigen Ausgaben zahlen die angeschlossenen Verbände einen Beitrag in der Höhe von 1/4 pro Mitglied und Jahr an das Sekretariat.

Fachtechnische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstraße 2. Abschriften billigt. Wenn ein Leser irgendwelche Auskünfte in Schutzangelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbureau in Anspruch zu nehmen; es ist für ihn kostenlos.

Angemeldet Patent: Kl. 2 b. G. 33 422. Abschlußklappe für den Auslaufkanal eines Teigtroges. Friedr. Gieschen jr., Oytten. Ang. 2. Februar 1911.

Gebrauchsmuster: Kl. 2 a. 511 217. Vorrichtung zur Erzeugung von Raffen bei Auszugsdampfbacköfen. Göhring & Gebenstret, Radebeul b. Dresden. Ang. 15. Mai 1912. — Kl. 2 a. 511 625. Tür für die Einschuböffnungen von Hausbacköfen mit zwei übereinanderliegenden Backräumen. Hausbackofenfabrik Schwab & Co., Nürnberg. Ang. 22. Mai 1912.

Angemeldet österreichisches Patent: Kl. 2 a. A. 3476-10. Verfahren zum Backen oder Rösten von Brot und andern Stoffen in Backöfen. Fantoni, Baja & Co., Fa. in Cerea, Italien. Ang. 28. April 1910.

Literarisches.

Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. Geschäftsbericht für 1911. 180 Seiten. Verlag: Buchhandlung „Volksstimme“.

Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur (Abteilung Berlin). Siebzehnter Jahresbericht der ersten öffentlichen Versammlung zu Berlin. 16 Seiten. Verlag: Oskar Henfels Buchdruckerei, Gottesberg.

Bund der technisch-industriellen Beamten. Bericht und Abrechnung für das Jahr 1911. Preis 30 M. 52 Seiten. Industriebeamtenverlag, G. m. b. H., Berlin NW. 62.

Anzeigen.

Hotel - Restaurant „Sächsischer Hof“
Hochstättenstraße 1/5 Wiesbaden Zentrum der Stadt
Guter Mittag- und Abendtisch. — Kalte und warme Küche zu jeder Tageszeit. — Logis mit Kaffee für Kollegen 50 M. — Schöne Zimmer für Referenten und Kurfernde von M. 1 an! — Prima Biere und Weine.
Halte mich allen Mitgliedern und Kollegen in empfehlender Erinnerung. [M. 5] Achtungsvollst! **Josef Preisser.**

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Glänzende Rentabilität für Bäcker und Konditoren

bietet die Herstellung der berühmten, von der gesamten deutschen Aertzwelt empfohlenen und in den meisten Sanatorien und Krankenhäusern eingeführten Bresinbrote für Diabetiker. Die Bresinsche Spezialbäckerei und Müllerei für Diabetiker beabsichtigt, in jeder grösseren Stadt Deutschlands einem bestehenden Bäckermeister diese Spezialbäckerei einzurichten. Alle Reklame wird von ihr erledigt. Da der Nutzen an diesen Broten ein sehr grosser, ist die Bäckerei von Beginn eine äusserst einträgliche. Offerten nur von tüchtigen Interessenten mit Kapitalien an

Schebeler & Wolff, Berlin-Schöneberg 1. [M. 15]

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 30. Juni:

Alten: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Bayreuth:** Im Restaurant Brey, Kirchgasse. — **Chemnitz:** 8 Uhr, „Zur Sängerkolonne“, Logenstraße. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Lesmann. — **Landesberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Daber, Mollteplatz. — **Lüneburg:** 3 Uhr bei Th. Wall, Sülltor. — **Rüstringen-Wilhelmshaven:** 3 Uhr bei Buddenberg, Rüstringen, Peterstraße. — **Solingen:** Vorm. 9½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 2. Juli:

Forst i. d. L.: Bei Lademann, Bahnhofstraße, Ecke Karlstraße. — **Hannau:** 3 Uhr, „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — **Nürnberg:** 5½ Uhr, „Historischer Hof“. — **Stendal:** 6 Uhr bei Grothe, Elisabethstr. 3.

Mittwoch, 3. Juli:

Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — **Schwabach:** 5 Uhr, „Zum Walfisch“.

Donnerstag, 4. Juli:

Verchtesgaden. — **Danzig:** 3 Uhr bei Schatz, Fischmarkt 6. — **Freiburg i. Br.** (Sektion I): 3 Uhr, „Stadt Neunort“, Talstr. 11. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — **Karlsruhe:** 3 Uhr im Restaurant „Zur Karlsburg“, Akademiestr. 30. — **Kiel (Konditoren):** 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 7. — **Offenbach:** 2 Uhr im „Storch“, Schloßstraße. — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus.

Freitag, 5. Juli:

Cassel (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Dülfer, Leipziger Straße. — **Freiburg i. Br.** (Sektion II): In der „Leistungstube“, Gummelstraße. — **Karlsruhe** (Fabrikbranche): 8½ Uhr, Kaiserstr. 13. — **London:** 8 Uhr, Public House „King and Queen“, Foley Street, Ecke Cleveland Street, London W.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw.
Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.
Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.
Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.
Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde.
Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.
Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1887, Berlin N 31, Bernauerstr. 17.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.

Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.

Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler [M. 4]

SENKING WERK HILDESHEIM

Hoflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hoflieferant

empfehlen sich zur Lieferung von

DAMPFBACKÖFEN

== aller Art ==

als Auszug-, Einschließ- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter

Brotfabriken u. Bäckereien

auf Grund langjähriger Erfahrung

Bei Bäckereien eingeführte rührige
:: Platz-Vertreter gesucht ::

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen
beden ihren Bedarf am besten bei
Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidter, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von D. Kilmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.